

# Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

## Glück-Auf.

**Monnentspreis** 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.  
Bei Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.  
Einzeln Nummern 1 Mark.

**Anzeigen** kosten die schlagzeilige Zeile resp. deren Raum 1.— Mk.  
Bei einmaliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 30maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98. **Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.** Telephon-Nr. 98.

Unvollständig eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.  
Bei Rückgabe unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Georg Wichmann, Bochum.**  
Druck u. Verlag von **Sandmann & Co., Bochum, Wiemshausenstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

### Menschenhandel.

„Es fehlt uns an Leuten im Ruhrrevier“,  
So lauten die Fehdenbeschwerden —  
Und neue Sklaven schleppt man nach hier,  
Kohndrücker sollen sie werden. —

Von allen Seiten holt man sie heran,  
Die willigen, billigen Massen.  
Der Seelenverkäufer, der „wackere“ Mann,  
Kocht sie aus den ärmsten Classen. —

Sie hören mit Staunen was er verspricht,  
Und was er zusammen gelogen,  
Und kommen voll gläubiger Zuversicht,  
Und finden sich schmählich betrogen. —

So gehts auf Kommando, so gehts wie im Trab,  
So wieht man sich billige Löhner,  
Und umgekehrt wieder schiebt man sie ab,  
Die „lästige“, gewordenen Fröner. —

Das macht die Kultur, das macht der Profit,  
Das machen die netten Zustände,  
Von denen es nur so wimmelt und blüht  
In unserem Kohlengelände. —

Und darum hat man auch früher schon  
Ganz „treffend“ von hier aus berichtet:  
Die Klagen waren nur „Spott“ und „Hohn“,  
Und die Uebelstände „erdichtet“. — H. K.

### Das Zentrum als „Arbeitervertreter“

Genau wie durch die Schuld des Zentrums das Berggesetz verfaßt wurde, daß selbst Effert schrieb, es habe den Bergarbeitern Steine statt Brot gebracht, wird es dem Titel 7 des Berggesetzes, das Knappschaftsgesetz betreffend ergeben. Schon sind Zentrumler und Parteimitglieder daran, dem Vogel, das heißt dem Gesekentwurf, die Fehden anzuschreiben. Brust, der als früherer Bergarbeiterführer die Kameraden doch ein wenig kennen lernte, weiß sehr wohl, daß die Verhinderung des Gesekentwurfes einen Sturm der Entrüstung unter den Bergarbeitern hervorruft, er sucht daher durch Artikel in den Zentrumsblättern zum wenigsten die Führer des „Christlichen“ Gewerkevereins für den Verrat des Zentrums zu gemühen, um so die Entrüstung im Lager seiner Parteifreunde zu lähmen zu können.

Das Zentrum hat im Einverständnis mit den Sozialdemokraten beschlossen, das Knappschaftsgesetz auch dann anzunehmen, wenn die geheime Wahl hinwegfällt. Gerade eine der Hauptforderungen der Bergarbeiter, das geheime Wahlrecht, durch Gesetz dort einzuführen, wo es bis jetzt noch nicht bestand, wird das Zentrum über den Haufen.

Es ist nach werksfreundlicher als die Werkschergen selbst und will im Namen für Beseitigung des geheimen Wahlrechts kämpfen. Das Zentrum weiß sehr genau, daß ohne die geheime Wahl, der ganze Knappschaftswahlakt eine Farce ist. Es weiß sehr wohl, daß in Gegenden, wo die Organisation noch nicht ausreichende Macht besitzt, keiner es wagen würde, in öffentlichen Wahlen zu wählen. Doch was fragt das Zentrum danach, schreibt doch der starke August in den Zentrumsblättern, er wolle den Bergarbeitern kein Verhütungspulver verabreichen. Immer noch der Alte, was fragt ein Brust nach Entrüstungsfürmern?

Auch für die Invaliden hat das Zentrum ein sehr „warmes Herz“. Es ist bereit, den Invaliden das Recht auf Wahlbarkeit zu entziehen und sucht diesen Unfall damit zu verschleiern, daß es sagt, nach dem Reichsversicherungsgezetzen haben nur betragsgläubige aktive Mitglieder das Wahlrecht. Es sucht also Dummheit, denn unsere Knappschaftsvereine mit ihren hohen Mitgliedsbeiträgen kann man doch nicht mit sonstigen Kranken- und Invalidenklassen gleichstellen.

Brust und mit ihm das Zentrum muß auch sehr gut wissen, daß gerade die Invaliden, die eine langjährige praktische Erfahrung hinter sich haben und nicht mehr von den Werksbestimmern abhängen, am besten in der Lage sind, die Arbeiterinteressen in der Knappschaft zu vertreten. Es ist also Arbeiterverrat im vollsten Sinne des Wortes, den das Zentrum wieder leistet. Auch von Anhängern des Zentrums wurde gegen die Artikel des Herrn Brust Front gemacht und man kann mit Recht vernutzen, daß diese Gegner aus dem Lager des „Christlichen“ Gewerkevereins stammen. Brust kimmert dies aber alles nichts, schreibt er doch in einer Entgegnung: „Nun zu dem Fortfall des Wahlrechts und der Wahlbarkeit der Invaliden zu Knappschaftskassen in dem neuen Gesekentwurf, welchen der Verfasser als an „Rechtsraub grenzend“ bezeichnet. Hierzu muß zunächst bemerkt werden, daß es, außer dem Naturrecht, kein unabänderliches geschriebenes Recht auf Erden gibt. Jedes gesetzliche Recht kann gesetzlich abgeändert werden, sei es durch Erweiterung, Einschränkung oder Fortfall.“

Er deutet also, außer dem Naturrecht gibt es auf Erden kein unabänderliches geschriebenes Recht. Dadurch widerlegt er selbst, was er über den Wegfall der Wahl durch die Reichsversicherungsgeetze schreibt; er gibt selbst zu, daß alle Gesetze zum Abändern und Verbessern sind. Zum Abändern und Verschleiern ist ja auch das Zentrum stets zu haben, nur wenn es sich um eine Verbesserung von Arbeitergesetzen handelt, ist das Zentrum ein Werksfreund und durch seinen Gegner in der Zentrumspresse, in dem Brust viellecht nicht mit Unrecht den Christlichen Gewerkevereinsführer Effert verurteilt. Schreibt er folgendes in's Stammbuch: „Also nicht die Verabreichung eines Verhütungspulvers war es, die zur Abfassung der Artikel führte, sondern lediglich die Absicht, Klarheit zu schaffen, damit nicht wieder Einzelpersonen sich veranlaßt fühlen könnten, undebachtam in's Land hinauszurufen: „Wir haben Steine bekommen statt Brot“ und dann nachher gezwungen

wären, einer kritischen Gelegenheit von Versammlung zu Versammlung und das Gegenteil von dem vorzutragen, was sie früher bet haben. Brust warnt also Effert, dem Zentrum auf die Füße zu klopfen, auf daß er nicht gezwungen wird, das Geil seiner Meinung in Versammlungen zum Besten zu geben. Ist es nicht immer derjenige, der so schreibt, wie er denkt und man darauf gespannt sein, ob sich wirklich die Führer des „Christlichen“ Gewerkevereins vom Zentrum zwingen lassen, das zu loben, sie für schlecht halten. Herrn Brust können wir bloß danken, er wieder einmal etwas von sich hören ließ, zum Nutzen unseres Landes, denn recht wird er schon haben, erst werden die „guten“ Herren um der augenblicklichen Entrüstung unter ihren Mitgliedern über die Verhinderung des Knappschaftsgesetzes gerecht werden, wieder von Steinen statt Brot reden, um später diese Ge als Fischen anzupreisen.

Wenn ja, wie es der „Christliche“ Gewerkeverein macht an den Preussenschiffen, die zur Rohhübelung des verfaßten Berggesetzes angezogen werden. Nun, die Zukunft wird ja lehren, ob der „Christliche“ Gewerkeverein wieder Steine in Fische umwandeln will. „Arbeiterfreundlichkeit“ des Herrn Brust ist uns ja nichts neues, es doch dieser „Christliche“ Führer, der 1899 gegen Aufnahme von Pensionen in das Reformprogramm war. Sagte doch so „arbeiterfreundliche“ Zentrumsabgeordnete in einer Konze die ostelbischen Zugler, Voladen, Pessen und die Preussenschiffen würden allein Vorteile von der Pensionserhöhung haben. So beschimpfte August einheimische und fremde Bergarbeiter in einem Atem. 1897 war er es wieder, der in der großhändlerhofversammlung gegen die Pensionserhöhung wetteiferte, damals ihm der jetzige „Christliche“ Gewerkevereinssekretär Werni Walther entgegen, ob er es heute wagen wird, gegen die von ihm und Genossen ins Werk gesetzte Verschlechterung des Gesetzes ins Feld zu ziehen, ist eine andere Frage.

Das Zentrum ist man schon bald nichts anderes mehr gewöhnt als Drehen und Wenden nach allen Seiten. Man kann mit vollstem Recht den Spruch auf sie anwenden: „Die Windfahnen sind verlegen, sie wissen nicht, wohin sich bewegen.“

Es doch Trümborn, der Zentrumsführer, der die Unfruchtbarkeit der sozialpolitischen Reichsregierung konstatierte und Klagen diese Herren in demselben Atem, die Arbeiter durch den Sozialdemokraten in sozialer Weise gegen die Gruben der sozialpolitischen Gesetzgebung aufgebracht. War es doch Zentrumsabgeordneter Schmieding, der im preussischen Landtagsbesitz, Unfallrenten bis zu 25 Prozent nicht mehr ausbezahlen. Wer weiß, wie schwer es hält, nach einer Verletzung die gleiche Unfallrente zu erhalten, und daß man schon einen ziemlich Teil erwerbsunfähig sein muß, bis man eine Unfallrente von Prozent zugesprochen bekommt, der kann so richtig erkennen, wie das Zentrumslente die Interessen der Arbeiter mit Füßen treten. Von jen Leuten kann natürlich die Arbeiterschaft keine Besserung der Arbeitergesetze erhoffen.

J auch vom „Christlichen“ Gewerkeverein ist nicht zu hoffen, daß gegen die beabsichtigte Verschlechterung des Knappschaftsgesetzes Front macht. Braucht er die Kameraden zu irgend einer Wahl weiß man sehr gut zu schmeicheln, das heißt, das, was der Alter selbst denkt, in einem Flugblatte zu bringen. Bei der am April d. J. stattgefundenen Knappschaftswahl gab der „Christliche“ Gewerkeverein ein Flugblatt heraus, in dem lobend auf die im hingewiesenen wird, die alles, sogar ihr Leben daraufsetzten, das ihre Wahlrecht einzuführen. Dies war ja sehr schön und gefällig allen Kameraden. Doch nicht schon ist, wie der „Christliche“ Verappt (polnische Ausgabe) am 3. Oktober d. J. dieselben bravourlos als Judenbengel hinstellte und bedauerte, daß nicht alle wohlverdiente Kugel bekommen hätten. Windfahnen, wie sie ihn zu sehen.

unseren Forderungen, die wir stellen, ist ja auch die dabei, daß herbeamtete ihre eigenen Pensionen haben sollen. Und nicht ist, da vom Gelde der Kameraden so mancher Beamte seine Pension erhält. Der „Christliche“ Gewerkeverein ist auch dafür, dessen Welt wählten, aber am 10. April in der Vorstandssitzung des Allgemeinen Knappschaftsvereins zu Bochum zum Arbeitervertreter einen Beamten namens Caffe als dritten Vorsitzenden. Theo und Praxis sind eben bei dem „Christlichen“ Gewerkeverein nicht. Guck dich zu bringen. Wie schrieb doch der „Bergknappe“ am 1. Juni 1899: „Er ist ja Grubenbeamter, Schachsteiger, wie er jetzt erfahren und das erklärt uns alles. Unbegreiflich findet er es aber, daß sich die Mitglieder in Dorffeld einen Beamten als Vertreter wählen können. Jedenfalls hat er sich nur in Gewerkeverein bekannt, um gewählt zu werden und ein Pöbel zu erhalten. Für den Gewerkeverein ist Christian ein unbillig und fertig.“ Damals waren die Herren im Gewerkeverein erbost, daß ein Beamter als Vertreter gewählt wurde, und nicht Recht, denn ein Beamter kann, selbst wenn er auch noch nicht die Interessen der Arbeiter vertreten. Jetzt liegt der Fall wohl viel krasser, die Gewerkevereinsältesten wählen als Arbeitervertreter einen Beamten, und der „Bergknappe“ findet kein Wort des Labels dafür. Das spricht Bände.

Wir beanspruchten Abschaffung der Oberältesten, auch der „Bergknappe“ schrieb schon öfter dergleichen. So am 1. August 1898. Doch 1901 der Gewerkevereinsälteste Effert als Oberältester sich wagt und anstellen ließ, wagt sich noch der „Bergknappe“ als wacker Verteidiger für ihn auf. Hier kann man mit vollem Zug und Recht sagen: „Seht nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Taten.“ Ebenso steht es mit den anderen „Christlichen“ Gewerkevereinen aus, nur daß diese noch weiter gehen und sich offen als Vertreter hinstellen. Man braucht nur an den Holzarbeiterverein in Köln zu denken. Dann erst kürzlich wieder der „Christliche“ Verrat in Hannover-Verden.

Die streikenden Weber verlangen dort eine Lohnerhöhung von durchschnittlich zehn Prozent, die zu bewilligen die Direktion ablehnte, weshalb die von der Lohnbewegung betroffenen Abteilungen des Werkes durch Arbeitsniederlegung stillgelegt wurden. Da die Forderungen im Betrieb nicht mehr voll aufrecht erhalten konnte, sperrte sie wa 600 Arbeiter aus, wobei sie glaubte, auf die 360 Streikenden einen Druck ausüben zu können. Davin hatte sie sich aber getäuscht. Doch erschien ihr ein Retter in Gestalt des „Christlichen“ Zertilarbeiterverbandes. Hinter dem Rücken des Fabrik-

und Zertilarbeiterverbandes trat die Christliche Organisation, die kaum anderthalb Mann zählt, mit der Direktion in Verbindung und erzielte auf diese fromme Weise etwa sechs bis sieben Prozent Lohnerhöhung. Damit waren sie natürlich aufs höchste befriedigt, meinten sie doch mit diesem Judaslohn die „sozialdemokratischen“ Verbände kalt zu stellen. Allein ihren Zweck erreichten sie nicht. Die Leiter des Fabrik- und des Zertilarbeiterverbandes kamen mit der Direktion dahin überein, daß eine Einigungs-Kommission, als welche der Krankentassenvorstand bestimmt wurde, über die Streitfrage verhandelt. Dabei wurde mehr erreicht, als die Christlichen Unterhändler in ihrem Separat-Abkommen ihren Mitgliedern bieten konnten, nämlich eine Erhöhung des Lohnes um acht bis zehn Prozent. Einige Gruppen, die 10 Pfg. pro Tag mehr haben sollten, bekommen 20 Pfg., die 25 Pfg. haben sollten, erhalten 35 Pfg., einige, deren Lohn überhaupt nicht erhöht werden sollte, bekommen 10 Pfg. mehr. Alle Streikenden wurden wieder eingestellt, ein Erfolg, um den sich die Christlichen überhaupt nicht bemühten! Nur den Verband will die Direktion nicht anerkennen — aus Prinzip. Dieses Prinzip ist nicht viel wert, da die Einigungs-Kommission doch im Auftrag und im Interesse der Organisation handelte, also im Wesen dem Verbande gleich war. Aber das Prinzip ist gerettet. Die Lohnerhöhungen sind nicht dem Verbande bewilligt, aber durch den Verband errungen. Die schäbige Haltung der Christlichen wird diesen keinen Erfolg bringen, da deren ganzes Gebahren darauf hinausläuft, die Einigung mit der Direktion zustande zu bringen, um die „sozialdemokratischen“ Verbände zu hindern, etwas zu erringen.

Wir sehen, daß „Christliche“ Gewerkevereinsführer und Zentrum einander wert sind. Den noch „Christlichen“ Organisationen angehörenden Kameraden müßte doch endlich klar werden, wie sie von ihren Führern hinter's Licht geführt werden. Man sollte glauben, daß sie in Masse solchen Organisationen den Rücken kehren. Es wäre auch schon längst passiert, wenn nicht die Religion immer als Deckmantel herhalten müßte, um diese „Christlichen“ Organisationen vor dem Wirbelwind der Vernichtung zu schützen. Da soll es zwei Weltanschauungen unter den Bergarbeitern geben und was dergleichen Mümpf noch ausgeführt wird. Unten in der Grube wissen die Kameraden nichts von solchen Weltanschauungen; sie arbeiten eintätig nebeneinander und sind bereit, wenn Gefahr im Anzuge, einander unter Aufopferung des Lebens beizugehen.

Also unten in der Grube weiß man nichts von diesen zwei Weltanschauungen; über Tage sollen sie auf einmal bestehen. Der einzige Unterschied zwischen den „Christlichen“ und freien Organisationen ist der, daß die Freien wirklich allen Ernstes bestrebt sind, auf Besserung der Arbeiterlage hinzuarbeiten und daß sie alles aufzunehmen und nicht nach der Religion oder Partei ihrer Mitglieder fragen, die „Christlichen“ dagegen sind Freunde der die Arbeiter öfter schädigenden Winkelzüge (siehe Hannover-Verden) und geben sich als Aushängeschild den Namen Christlich. Sonderbar mutet es einem dann an, wenn man liest, wie voriges Jahr ein Flugblatt der Metallarbeiter (H.-D.) schrieb, daß ein „Christlicher“ Führer in Nachen sagte, bringt alles, was Fische hat, es wird alles aufgenommen, ob Jude oder Christ. So betrachtet der „Christliche“ Führer Wenerus die beiden Weltanschauungen. Nach Wenerus müßten daher die „Christlichen“ ihr Kellamenschild in „Christlich-jüdisches“ umändern. Kameraden, wollt ihr euch noch länger von Periphrasenorganisationen narren lassen, wollt ihr noch länger euer Reformprogramm mit Fischen treten sehen?

Eine Arbeiterorganisation hat mit Religion nicht das geringste zu tun, das muß den Seelorgern überlassen bleiben. Sie darf nicht nach dem Glauben fragen, ein guter Gewerkschaftler, der aus der Kirche ausgetreten ist oder nichts mehr glauben kann, muß ihr ebenso lieb und wert sein wie der Evangelische oder Katholik, der täglich seine kirchlichen Pflichten erfüllt.

Nehmen wir uns ein Beispiel an unseren amerikanischen Kameraden, fort mit den Periphrasern, einigt euch und das Unternehmertum wird Achtung vor uns bekommen und kraft unserer Einigkeit wir unser Recht.

### Bayrisches Bergarbeiterleben.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich der bayrische Braunkohlenbergbau bedeutend ausdehnt, denn vermutlich befinden sich in Franken noch große Braunkohlenlager. Im Jahre 1905 ist schon ein großer Aufschwung der Förderung eingetreten! Während 1903 erst 25 189 Tonnen gefördert wurden, im folgenden Jahre 53 517 Tonnen, betrug 1905 die Förderung 128 216 Tonnen. Dagegen ist die bayrische Steinkohlenproduktion 1905 um 26 408 auf 1 315 677 Tonnen zurückgegangen. Dies war die Folge der Stilllegung der Grube Konsolidiertes Nordfeld in der Pfalz. Eisen-erze wurden 1905 180 594 Tonnen gefördert gegen 177 602 im Vorjahre. Die Gesamtproduktion des bayrischen Bergbaues belief sich im verfloßenen Jahre auf 1 863 918 Tonnen im Werte von 18 800 000 Mark.

Im Betriebe standen 14 Steinkohlengruben mit 7699 Arbeitern, 7 Braunkohlengruben mit 425 Arbeitern, 29 Erzgruben mit 966 Arbeitern, 1 Steinsalzbergwerk mit 103 Arbeitern; außerdem waren in 279 unterirdischen Brüchen und Gräberlein 1682 Personen beschäftigt, sodas die Gesamtarbeiterzahl 10 775 betragen hat. Hierunter waren 10 167 erwachsene männliche Personen, 321 erwachsene Arbeiterinnen, 289 Kinder von 14—16 Jahren, 2 Kinder von 13—14 Jahren, 46 Mädchen von 14—16 Jahren. Die Zahl der Arbeiterinnen ist erfreulicherweise etwas zurückgegangen, sie müssen ganz aus dem Bergbau verschwinden. Man muß den Männern so viel Lehre geben, daß sie ohne Hilfe ihrer Frauen und Töchter die Familie anständig durchbringen können.

Wie sich die Bergbauindustrie über den bayrischen Staat verteilt, ergibt diese Tabelle:

	Zahl der Anlagen		Beschäftigte Personen	
	1904	1905	1904	1905
Berginspektion	94	91	4175	4288
München	155	131	1966	2153
Zweibrücken	99	108	4406	4334
Summa	348	330	10547	10775

Der Kleinbetrieb herrscht vor, größere Werke gibt es nur Oberbayern (Oberbayrische A.-G. für Kohlenindustrie und Ver-

berg) und in der Pfalz (St. Ingbert, Frankenhof). Im harrtschen Bergschichtensystem besteht die Angabe der Schichtzeiten in den einzelnen Bergwerken. Die meisten Mitteilungen entnehmen wir, in den meisten fränkischen und niederbayerischen Gruben und Grubenbetriebe von einer regelmäßigen Arbeitzeit von 12 Stunden. Dort sollen unter Umständen 12-15 Stunden als „Schichtzeit“ gelten. Auf den Kohlenbergen in der Pfalz und in Oberbayern dauert die regelmäßige Schicht untertage 8 1/2-9 Stunden, ober Tage 10-12 Stunden. Ueber Schichten können auch hier leider sehr häufig vorl. Man erzählt, gewisse Ueberwachungsbeamten ruhen nicht, als bis sie mindestens 80 Schichten im Monat haben, sogar an 40 Schichten können eilige herankommen. Wenn man bedenkt, was es für einen Menschen bedeuten muß, zwei Schichten hintereinander, also 17-20 Stunden ununterbrochen vom Tageslicht abgetrennt zu bleiben, so kann man sich nicht mehr wundern über das elende, hinfällige Aussehen so vieler noch verhältnismäßig junger Bergleute. Wer von Bergarbeitern keine Ahnung hat, der wird gar nicht glauben wollen, daß ein Mensch so entsetzlich lange in der Tiefe bleibt, aber wahr ist's leider doch. Es ist nur zu wahr zum größten Schaden der Kameraden und ihrer Familien. Viele Jahre kann man eine solche Schinderei nicht aushalten, wenn andere Bürger gerade im besten Lebensalter sind, dann ist der sich so sinnlos abmühende Bergmann schon eine wandelnde Leiche, ein totkrankes Wesen. Die Zahl der Verstorbenen wird dann auch gegenüber den Lebenden immer größer. Auf 100 bayerische Knappschaffsmittelglieder kamen im Jahre 1900: 8,60; 1901: 8,87; 1902: 10,20. Damit ist die Verschlechterung der Gesundheitsverhältnisse in unserer Kameradschaft schon bewiesen. Ueberhaupt ist das Ueberwachungsamt schädlich für die Arbeiter. Wo die längste Schichtzeit existiert, da wird der schlechteste Lohn gezahlt.

Auch über die Lohnverhältnisse bringt der harrtsche Berginspektorenbericht sehr mangelhafte Angaben. Fast alljährlich werden neue Arbeiterklassen genannt, deswegen ist sehr häufig ein Vergleich der diesjährigen Lohnangaben mit den früheren nicht möglich. Die Bergbehörde bekommt die Lohnliste von den Unternehmern; diese sollen im Interesse einer zuverlässigen, brauchbaren Lohnstatistik angefordert werden, die Lohnklasseneinteilung nach einem einheitlichen Plane vorzunehmen und daran festzuhalten, nicht jedes Jahr neue Gruppen zu bilden. Auch müssen die pro Arbeiter verfahrenen Schichten und Ueberwachungsstunden angegeben werden, anders kann man ja gar nicht wissen, auf wieviel Arbeitstage die Gesamtlohnsumme umgerechnet worden ist. Zum Beispiel lesen wir im Bericht des harrtschen Inspektors pro 1904, auf der Braunföhlengrube hat der Gauer 2,50 bzw. 3,50 Mark, der Schlepper 2,00 bzw. 2,70 Mark Lohn erhalten. Im Bericht für 1905 aber heißt es, für die Grubenarbeiter habe der Gauer 2,10 bis 2,50 Mk. betragen! Danach wäre 1905 die höchste Lohnstufe um täglich 100 Pfg. schlechter gestellt gewesen wie 1904! Ist das möglich wahr, oder wie soll der Bericht verstanden werden? Wir glauben nicht, daß der Lohn täglich um 1 Mark verürzt wurde, vielmehr werden wir es hier mit Lohnangaben aufs Geratewohl zu tun haben, wobei die Gewährleute der Bergbehörde so unvorsichtig waren, nicht nachzuschauen, was sie ihr im Vorjahre von den Löhnen erzählt hatten. Der Fall Grube Haidhof ist nicht der einzige seiner Art. Die Bergbehörde wird einsehen: entweder sie gibt gar keine Lohnstatistik oder reformiert die heutige auf eine zuverlässige Grundlage, wie es heute ist, hat die Lohnzahlen-Statistik sozialpolitisch gar keinen Wert.

Neigt jammervolle Abne werden in den fränkischen Bergwerken gelehrt. Der Durchschnittslohn für Erwachsene auf der Steinföhlengrube bei Stöckheim wird mit 2-2,80 Mk. angegeben! Auf den Braunföhlengruben Haidhof, Karolinenhöhe und Klardorf erhielten erwerbsfähige Arbeiter nur 2-2,10 Mk. pro Schicht! Auch auf den Gruben erhielten erwerbsfähige Bergleute nicht einmal 3 Mark bis herunter zu 1,80 Mark pro Schicht! Wie es kommt, daß auf der Lonerdegrube bei Minsberg 6-7 Mark Schichtverdienst herrschen sollen, während auf der Lonerdegrube bei Meckhard und Schipbach nur 2,50-3,10 Mark verdient wurden, darüber möge sich die Bergbehörde einmal auslassen.

Im mittleren und nördlichen Bayern sind die Kameraden bisher noch keiner Organisation zugänglich geworden, darum auch die miserablen Lohnverhältnisse. Vor einigen Jahren machte der Bergarbeiterverband einen Organisationsversuch; aber da verbündeten sich angeblich „christliche Arbeiterfreunde“ mit den Kapitalisten und ließen nicht nach, bis die Organisationsanstöße vernichtet waren. Damals wurde schnell eine „christlich-nationale“ Gegenorganisation gegründet, aber nachdem unser Verband fortgemahregelt und fortentwickelt war, schloß auch der „christlich-nationale“ Verein ein. Er hat seinen Zweck erreicht, es ist wieder Kirchhofstraße im fränkischen Bergrevier eingekerkert.

Ähnlich so erging es dem Verband in der Pfalz. Als er die Kameraden von St. Ingbert, Frankenhof usw. organisieren wollte, erschienen „christliche“ Gewerkschaftsführer mit der Geistlichkeit und die Sache brach los, sie hielt an bis die Organisation fast ganz zerfallen war. Immerhin blieben noch einige Kreise, unser Verbandsorgan beleuchtete wiederholt die pfälzischen Werkszustände, die Kameraden waren somit stets in Fühlung mit der Organisation. Nach dem Berginspektorenbericht wurden letztjährig in den pfälzischen Kohlengruben bezahlt pro Schicht Gauerlöhne 3,40 bis 4,70 Mk., Schlepperlöhne 1,69-3,64 Mk., Tagesarbeiterlöhne 1,66-2,88 Mk. Wegen der Verwirrung der einzelnen Lohnklassen ist ein Vergleich mit früheren Jahren zwecklos. Ungefähr kann man sagen, einige Arbeitergruppen haben Lohnverbesserungen erhalten, andere dagegen bekommen schlechtere Löhne.

Festest hat der Bergarbeiterverband bisher nur in Oberbayern gefaßt, vorzüglich auf den Gruben der oberbayerischen Aktiengesellschaft für Kohlenindustrie in Miesbach. Auf diesen Gruben sind sämtliche Arbeiterauschüsse und Knappschaffstatistik-Mitglieder des Bergarbeiterverbandes. Auf den Schächten dieser Aktiengesellschaft (Penzberg, Au, Miesbach, Hausham, Hainmühle-Beich) haben sich nach den Berginspektorenberichten die durchschnittlichen Schichtlöhne folgendermaßen gestaltet:

	1905	1900
Gauer	4,32 Mk.	4,10 Mk.
Schlepper	3,20	3,16
Tagesarbeiter	2,81	2,75
Weibl. und jugendl. Arbeiter	2,90	1,79

Der Lohn pro Schicht hat vornehmlich gegen 1900 nicht niedriger. Ohne die Organisation wäre das nicht erreicht worden. Wie in Österreich sehr gut wissen. Die Arbeiterauschüsse arbeiten hier merkwürdig im Interesse der Kameraden, natürlich pro und contra alle ihre Kräfte von der Verbandsverwaltung angenommen worden, aber es ist wunderbar, besonders auf dem Gebiet des Sanitätswesens erreicht worden. Die hiesigen Arbeiterauschüsse haben auch bessere Befugnisse wie die preussischen. So finden hier im Arbeiterauschuss auch Verhandlungen über Lohnfragen statt. Den Antrag, Minimallöhne einzuführen, hat die Verwaltung abgelehnt. Aber unsere Arbeiterauschüsse haben wenigstens eine Lohnverbesserung von 15 Prozent für Schichtlöhne erreicht. Sie ist ab Februar fast allgemein durchgeführt worden, hauptsächlich den schlechter bezahlten Kameraden ist der Lohn ausgereicht, so daß sie nun über 3 Mark erhalten. Die Minimallohn-Lehre die Verwaltung abwehrt, wie sie sagte, auch in Preußen die Minimallohn-Lehre noch nicht eingeführt seien! Von der Kohlengrube Martenstein heißt es im Berginspektorenbericht, die Gauer hätten 14, die Schlepper 12, die Handwerker 3,07, die Tageslöhner 2,8, die Jugendlichen 1,01 Mark Schichtverdienst

gehabt. Auf der Bienengrube Martenstein hätten durchschnittlich pro Schicht verdient die Gauer 4,20, Schlepper 3,25, Säuberer 3,01, Zimmerlinge 2,92 Mark. Selbstverständlich würden die Arbeiterauschüsse noch weit mehr für die Belegschaften tun können, wenn sämtliche Kameraden dem Verbande beitreten würden. Wie schlecht die Kameradschaft gegen sich selbst handelt, wenn sie nicht handhaft beim Verbands bleibt, sehen wir in Pelsenberg (fränkische Grube). Dort herrscht ein großer Mitgliederwechsel. Jedes Jahr sind hunderte Kameraden organisiert gewesen, da wurde es ihnen leicht, manche Verbesserungen ihrer Arbeiterverhältnisse zu erzielen. Dagegen sind aber wegen Kleinlicher Eitelkeit eine Reihe Kameraden unorganisiert geblieben und es haben sich die Löhne verschlechtert. Laut Berginspektorenbericht hatten in Pelsenberg-Gruben Durchschnittslöhne die

	1905	1900
Gauer und Zimmerlinge	4,12 Mk.	4,50 Mk.
Lehrhauer, Förderer	3,08	2,80
Tagesarbeiter	2,54	2,50
Jugendliche	1,00	1,00

Die Gauerlöhne sind also stark gesunken. Soll das anders werden, dann muß die Pelsenberger Belegschaft sich wieder vollständig dem Verbande anschließen und der Organisation treu bleiben. Die Unfallverhütung kann auch im bayerischen Bergbau noch große Verbesserung ertragen. 1905 sind 21 tödliche Unfälle vorgekommen, 1904 waren es 20. 12 Todesfälle kommen auf den Steinföhlenbergbau, die übrigen 9 auf die anderen Betriebe. Von 7 Todesfällen (88 1/2 pCt.) wurden durch Steinschlag und Stollenfall verursacht, 7 Todesfälle kamen bei der Fahrung und Förderung vor und nur einer infolge Schlagwetterexplosion. Aus der Aufzählung der einzelnen Unfälle im Inspektorenbericht ersieht man, daß bei sorgfältigerem Betrieb, ausreichendem Bedinge und öfterer (unserem Vermuteten) Inspektion mancher Unfall vermieden werden konnte. Die Arbeiterauschüsse werden von der Bergbehörde aufgefordert, ein Ausschussmitglied zu beauftragen, den Berginspektor bei der Kontrolle zu begleiten! Auch das ist ein Vorzug der hiesigen Arbeiterauschüsse gegenüber den preussischen. Selbstverständlich stellen sich unsere Ausschussmitglieder gern der Bergbehörde zur Hilfestellung zur Verfügung und die Berginspektoren haben auch schon die Mitglieder unserer Kameraden lobend anerkannt. Dieses Kontrollsystem muß nur weiter ausgebaut werden.

Die Bergbehörde darf sich nicht beschränken auf die Werkskontrolle, sondern muß auch Beachtung geben auf die speziellen Arbeitsbedingnisse und Lebensverhältnisse der Belegschaften. Gekündigt dies, dann werden die Berginspektoren nicht mehr berichten können, der Gesundheitszustand der Arbeiter sei „normal“ oder „gar wohl“, „zufriedenstellend“. Was heißt denn eigentlich normal? In Bayern existieren 28 Knappschaffsvereine mit 10997 Mitgliedern (Ende 1904). Davon waren 4280 Unständige! Die unständige Klasse sollte aber doch schnell abgehafft werden zum Wohle der Arbeiter. Auf die 10997 Mitglieder entfielen 7274 neue Krankheitsfälle oder: von 100 Arbeitern sind fast 72 erkrankt!!! Ist das etwa ein „normaler“ Gesundheitszustand? Wir danken!

Ist es „normal“, wenn auf die nachbenannten Vereine entfielen:

Knappschaffsverein	Mitglieder	Krankheitsfälle (neue)
Pelsenberg	910	421
Rosenheim	189	151
Miesbach	2856	1999
Stöckheim	890	213
St. Ingbert	1588	1188
Frankenhof	1297	1867

Solche hohen Krankenziffern deuten hin auf sehr verbesserungsbedürftige Arbeiterverhältnisse. Da sollte sich die Bergbehörde regelmäßig erkundigen nach den Bedingungen, ob sie auch hoch genug sind, um der Kameradschaft einen auskömmlichen Lohn ohne standhafte Abhängigkeit verdienen zu lassen. Wenn das Bedinge zu niedrig ist, wird erstens unvorsichtiger gearbeitet, weil sonst gar kein Lohn herauskommt, zweitens wird geschuftet bis zum Umfallen, drittens glaubt der Kamerad durch Ueberwachungen seinen Verdienst erhöhen zu können. Die Folge ist Zunahme der Unfälle und der Krankheiten. Auch sollte die Bergbehörde sich um die Ernährungsweise und die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter kümmern, damit amtlich ermittelt wird, wie jämmerlich viele Arbeiterfamilien leben müssen bei dem geringen Lohn. Unmäßige Schufterei, geringer Lohn, zahlreiche Ueberwachungen, unzureichende Ernährung, miserable Wohnungen — da können die hohen Krankenzahlen und Verkürzungen des arbeitsfähigen Lebens nicht ausbleiben.

Sehr vieles hat unsere Organisation auch noch in Bayern zu tun. Von den 10 000 Kameraden sind noch viele 1000 unorganisiert. Unermüdlich müssen alle Mitglieder nun in der Hausagitation tätig sein, jedes Mitglied muß ein neues Mitglied gewinnen. Unser Verband wird umso mehr für die Kameraden leisten, je mehr Mitglieder sich um seine Fahne scharen.

### Oesterreichischer Bergarbeitertag.

(Abgehalten in Wien, am 14., 15., 16. und 17. April).

#### Organisationsfragen.

Die im Jahre 1903 durch Vereinigung der damals bestehenden Revier- und Lokalorganisation der Bergarbeiter Oesterreichs gegründete Union der Bergarbeiter Oesterreichs hielt in Wien ihren zweiten Unionstag ab. Er fand im „Arbeiterheim“ statt und wurde am Sonnabend den 14. April eröffnet. Anwesend waren 95 Delegierte, ferner sämtliche Vorstandsmitglieder und Beisitzer (hier „Delegation“ genannt), die Redaktionen der Fachblätter (deutsch „Gilt auf“, tschechisch „Magdar“, polnisch „Gornik“); außerdem nahmen an den Verhandlungen teil: Hueber-Wien als Sekretär der Reichskommission für die österreichischen Gewerkschaften, Statula-Brag als Vertreter der tschechisch-slawischen Gewerkschafts-Kommission, Widholz-Wien als Vertreter der Reichskommission der österreichischen Krankenkassen, Hue-Essen als Vertreter des deutschen Bergarbeiterverbandes.

Kamerad Ebert (Dmann der Union) eröffnete und leitete gemeinsam mit Kamerad Kiepel die Verhandlungen. Ebert begrüßte die Gäste und Delegierten und konstatierte, daß sich im letzten Jahre die Union sehr erfolgreich entwickelt hat. Folgende Uebersicht gibt Aufschluß über die Entwicklung der Organisation in den einzelnen Revieren:

Revier	Zahl der Mitglieder am		
	1. Jan. 1905	31. Dez. 1905	31. März 1906
Föllanau-Elbogen	326	683	751
Komarov-Priz-Leptiz	1107	847	784
Mies-Bilten	865	865	1260
Kladno	197	1270	4107
Oberer Alpenländer	2152	1818	2182
Niederer Alpenländer	2238	1184	1300
Mährisch-Odrau-Parwin	3897	10.923	19.016
Raffitz	291	159	247
Zusammen	11.673	17.749	29.647

Ebert erklärte hierzu, in den Alpenländern sei der Rückgang veranlaßt durch die kolossale Abwanderung nach Deutschland; auch für Böhmen treffe dies zum Teil zu. Indessen begannen sich auch dort die Organisation wieder aufwärts zu bewegen. Ungeordnetlich stark sei die Zunahme im Mährisch-Odrau-Revier. Es sei zu hoffen, daß die Bewegung dort anhaltend wäre. Wert

gedenkt dann der massenhaft verunglückten Kameraden von Borussia (Deutschland), Neufattl (Böhmen) und Courrières (Frankreich). Zu Ehren der Toten erhoben sich die Anwesenden von den Plätzen. Ein Beileidstelegramm für die Hinterbliebenen der Opfer von Courrières wurde an den Kameraden Basly-Frankreich geschickt. Telegraphisch begrüßt wurde das am selben Tage in Aachen zusammengetretene Internationale Bergarbeiter Komitee. Ebert gedachte auch der streikenden Kameraden in Mitteldeutschland, Nordfrankreich und Amerika, ihnen vollen Erfolg wünschend. (Bravo!)

Statula-Brag begrüßte den Kongress im Namen der tschechisch-slawischen Gewerkschaftskommission. Sie habe in der Vergangenheit die kämpfenden Bergarbeiter unterstützt, und würde das auch zukünftig tun. Ihr Wunsch sei, die Bergarbeiterunion möge sich kräftig entwickeln. (Beifalliger Beifall.)

Hue überbringt die Grüße der im deutschen Bergarbeiterverband organisierten Kameraden. Kamerad Polorny sollte auch am Unionstag teilnehmen, kann aber, wie er telegraphisch mitteilte, wegen des mitteldeutschen Streiks nicht abkommen. Hue hebt hervor, wenn schon die Gewerkschaften von Oesterreich und Deutschland vieles gemeinsam haben, noch engere Bande verknüpfen die Bergarbeiterorganisationen von Oesterreich und Deutschland. Viele tausend Kameraden sind von Oesterreich nach Deutschland ausgewandert, viele davon gehören jetzt unserem Verbande an und sind tüchtige Mitglieder. Auch unser Verband hat große Fortschritte gemacht in den letzten Jahren, heute besitzen wir über 100 000 Mitglieder, trotz der kapitalistischen Vergewaltigungsversuche. Wir wünschen, daß die österreichischen Kameraden ihre Union tüchtig nach außen und innen verstärken, damit die Kameraden unter menschenwürdige Zustände kommen. Heute loden gewissenlose Agenten hunderte und tausende österreichische Kameraden nach Deutschland mit Verpöhlungen, die nicht gehalten werden. In Deutschland sind gegen 1900 die Bergarbeiterlöhne gesunken, die Lebensmittelpreise stark gestiegen. Auch in Deutschland kam der Bergarbeiter nur durch harte, gefährliche Arbeit einen Lohn verdienen, der ihn nicht genug bringt wie in Oesterreich. Das haben wir noch vor kurzem zahlreiche im Oberbayerischen Revier arbeitende österreichische Kameraden bestätigt. Im Ruhrgebiet weiß die Knappschaffstatistik aus, daß die ausländischen Kameraden weit mehr als die einheimischen unter Krankheit und Unfälle zu leiden haben. Bemühen sich die österreichischen Kameraden aber, im Verein mit den Inländern durch die Organisation ihre Lage zu verbessern, dann ist die Polizei schnell mit Ausweisungen bei der Hand. Die österreichischen Kameraden sind bei uns rechtlos, jeden Tag können sie ausgewiesen werden, ganz gleich, ob sie mit ihrer Familie ruiniert sind oder nicht! Wir haben Fälle, wo österreichische Kameraden jahrelang bei uns wohnten, sich Familie anschafften und plötzlich Knall und Fall über die Grenze transportiert worden sind! In einem Fall verlor ein österreichischer Kamerad auf Begehung Königgrube bei Wanne den rechten Arm, und doch ist er 1905 per Schub von der Polizei ausgeführt worden, ohne auch nur einen Pfennig Unfallsrente für den verlorenen Arm zu bekommen! Die österreichische Regierung sollte sich besser um das Schicksal ihrer Landeskinder in Deutschland kümmern, dann könnten die Werbeagenten ihr Handwerk nicht mehr so gewissenlos betreiben! Ich bitte Sie, klären Sie die Kameraden in Ihren Heimatrevieren auf, damit sie den Agenten nicht mehr zum Opfer fallen. Schafft euch eine starke Organisation, wodurch im eigenen Vaterlande für die Bergarbeiter ansehnliche Verhältnisse erkämpft werden können. (Beifalliger Beifall.)

Hueber-Wien begrüßte die Erschienenen im Namen der Reichskommission der österreichischen Gewerkschaften. Die Ausschreibungen Hues werden den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Veranlassung geben, in unserem Parlament die Regierung zu fragen, ob sie Kenntnis habe von dem Treiben der Werbeagenten in Oesterreich und was sie tun will zum Schutz der irreführten österreichischen Bergarbeiter in Deutschland. (Beifalliger Beifall.) Die Reichskommission hat seit vielen Jahren die Verpöhlungen der Bergarbeiter tatkräftig unterstützt, insbesondere beim großen Streik 1900 hat sie viele hunderttausend Kronen für die Bergarbeiter aufgebracht. Wie die Bergarbeiterunion, so haben auch die anderen österreichischen Gewerkschaften im letzten Jahre bedeutende Fortschritte gemacht. Nach den vorläufigen Ermittlungen der Reichskommission haben die Gewerkschaften Oesterreichs 1905 circa 120 000 neue Mitglieder gewonnen. Wir hatten am Jahresabschluss circa 300 000 Gewerkschaftsmitglieder. (Beifalliger Beifall.) Im Jahre 1906 haben wir bisher schon wieder 80 000 neue Mitglieder gewonnen. (Stürmischer Beifall und Hände klatschen.) Also es geht vorwärts und nun muß dieser Unionstag dafür sorgen, daß auch die Bergarbeiter sich für die kommenden schweren Kämpfe kräftigen. (Beifalliger Beifall.)

Kamerad Prato bil (Hauptkassierer) gibt einige Ergänzungen zu dem gedruckt vorliegenden Kassenbericht pro 1905. Die Gesamteinnahme belief sich mit Kassenbestand auf 150 011 Kronen (11 Krone = 85 Pfg.). Davon sind 12 219 Kronen Eintrittsgelder, 110 989 Beiträge, 6655 Sterbefondsbeiträge, 4264 freiwillige Sammelgelder usw. Im Reservefonds (Streikfonds) befanden sich am Jahresabschluss 43 185 Kronen, ausgegeben waren für Streiks 8930, für Anleihen der Fachzeitungen 4400 Kronen. Im Delegationsfonds befanden sich 6078 Kronen, im Sterbefonds 3885. Ausgegeben wurden an Sterbegeldern 2970 Kronen, an Delegationskosten (Unionstag, Konferenzen etc.) 7285, für Agitation 6274 für Arbeitslose 4825, für Kranke 12478, für Reisende 614, für Rechtschutz 2727, für Druckkosten 6618, für Pflanz, Agitationszuschüsse und Gehälter 16178, für Gewerkschaftskommissionsbeiträge 3884 Kronen. Das Vermögen betrug am Jahresabschluss 80 076 Kronen, wovon 7181 in der eigentlichen Unionkasse.

Kamerad Jarolim erstattete den Bericht für die Presse. Infolge der Sprachverschiedenheiten müssen für die Unionsmitglieder Blätter in deutscher, tschechischer, polnischer und slowenischer Sprache herausgegeben werden. Die Fachpresse ist (leider!) noch nicht obligatorisch eingeführt, sondern die Ortsgruppen beziehen die gewöhnliche Zahl Blätter und bezahlen sie von dem Ortsverband. Der „Gilt auf“ hat eine Auflage von 3740, der „Magdar“ von 14208, der „Gornik“ von 5460 und das slowenische Blatt wird mit 1400 Exemplaren bezogen. Nezt können sich die Blätter (die besondere Verwaltung haben) aus eigenen Einkünften halten.

Dem Vorstand und der Blätterverwaltung wird Decharge erteilt.

Nunmehr wird in Beratung des Punktes Organisation und Agitation eingetreten, wozu Ebert das Referat hat. Hierzu liegen über 100 Anträge vor. Der Unionsvorstand schlägt die Erhöhung des Wochenbeitrages von 30 auf 40 Heller (1 Krone hat 100 Heller) und entsprechende Erhöhung der Leistungen an die Mitglieder vor. Die meisten Ortsgruppen sind aber gegen Beitragserhöhung. Die Revierkonferenz von Mährisch-Odrau, wo jetzt die große Majorität der Mitglieder wohnt, hat beschlossen und ihre Delegierten beauftragt, gegen jede Beitragserhöhung und für Verlegung des Unionszweckes von Turn (Wohmen) nach Mährisch-Odrau zu stimmen. Die anderen Reviere wollen den Unionszweck in Turn belassen. Der Ausschuss in Mährisch-Odrau käme so glücklich, daß weiteres abgewartet werden müsse. Um einen Ausgleich zu versuchen, wurde eine Kommission eingesetzt, der Hueber, Statula und Hue beigeordnet wurden. Es gelang der Kommission aber nicht, die Vertreter von Mährisch-Odrau zu bewegen, diesjährig einer Beitragserhöhung zuzustimmen. In dem genannten Revier besteht nämlich ein besonderer Streikfonds, zu dem die Mitglieder monatlich extra 50 Heller zahlen. Die Debatte wurde

Jobann vom Unionsstog weitergeführt. Bittwellig kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen. Die Verlegung des Unionsbüros wird von den Währisch-Strauern mit der Begründung verlangt, sie würden von dem Unionsvorstand in Turm nicht genügend berücksichtigt. In der Diskussion kamen aber gegen die Zentralleitung mit solche Vorwürfe zur Sprache, wie man sie auf jeder gewerkschaftlichen Generalversammlung hört. Der Vorstand sei einseitig, er beruhe nicht genug an die juristische Ebene des Meisters, manchmal würden Auskünfte in unzulässiger Form erteilt usw. Beantragt wurde auch, in den Gesamtsitzungen dem Vorstand das Stimmrecht zu entziehen. Den Standpunkt der Opposition vertraten hauptsächlich die Kameraden Brda, Keger und Cingo, für den Vorstand sprach die Kameraden Spreiter, Jarolim, Christian, Ebert und Kegel. Die Beitragsverhöhung wurde abgelehnt. Damit fielen auch alle anderen darauf bezüglichen Anträge. Sehr heftig wurde um den Sitz der Union gekämpft. Schließlich wurden die von Cingo formulierten Vermittlungsvorschläge angenommen. Danach bleibt der Unionsstog in Turm, der Nachbar wird nach Währisch-Strau verlegt, für das Währisch-Strau-Meister werden zwei Sekretäre mehr angeheilt; in der Zusammenkunft der Delegierten (Weißer des Vorstandes, gewählt von den Reichspersönlichkeiten) behält der Vorstand sein Stimmrecht, aber die Zahl der Delegationsmitglieder wird derart erhöht, daß sie gegenüber dem Vorstand in der Majorität sind. Diese Vorschläge wurden einstimmig angenommen.

Zu heftigen Debatten kam es dann auch über den Antrag einiger böhmischer Ortsgruppen, die Gewerkschaftskommissionen beauftragt für die tschechoslawische Gewerkschaftskommission (Prag) sollten nicht wie bisher zunächst an die Reichskommission (Wien) und dann durch diese an die Prager Kommission abgeführt werden, sondern der Unionsvorstand solle die Gewerkschaftskommissionsbeiträge von den tschechischen Mitgliedern sofort an die Prager Kommission zahlen. Es handelt sich hier um den ungeliebten Nationalitätenstreit, der von der parteipolitischen Diskussion in Österreich hinüberlenkte auch in die Gewerkschaften, da hier Gewerkschaft und politische Partei völlig als Einheit behandelt werden. Naturgemäß mußte deshalb der Nationalitätenstreit, der gerade in Wöhnen (zwischen Tschechen und Deutschen) von den politischen Parteien besonders rücksichtslos geführt wird, auch die Gewerkschaften in Mitleidenschaft ziehen. Die Prager tschechoslawische Gewerkschaftskommission vertritt den Standpunkt, auch in der Gewerkschaftsorganisation müsse die Selbstständigkeit der Nationalitäten zum Ausdruck kommen, wenn auch im sozialistischen Sinne. Deswegen sollen die tschechischen Gewerkschaftsmitglieder (aller Verbände) ihre Kommissionsbeiträge direkt nach Prag abführen, die anderen Nationen angehörenden Mitglieder sollen an die Reichskommission in Wien zahlen. Hierdurch würden aber für Österreich zwei Gewerkschaftszentren geschaffen, also Zersplitterung. Den Standpunkt der Kommission vertreten Statula, Brožík, Spreiter und noch zwei Kameraden aus Nordwestböhmen, die Anführer der Reichskommission legten Hreber, Cöbal und Brda dar. Kamerad Brda, der selbst Tscheche ist, erklärte, er sei gegen jede „nationale“ Zersplitterung der Arbeiter. Die Unternehmer organisierten sich auch einheitlich zentralistisch. Die Gewerkschaft sei nicht der Platz um „nationale“ Streitigkeiten auszutragen. Der Streit wäre von Politikern, die gar nicht vom Gewerkschaftswesen verstehen, in die Gewerkschaft hineingetragen! Die Vergleute müßten jede Zersplitterung zurückweisen und müßten wie bisher der Zentralgewerkschaftskommission in Wien angeschlossen bleiben, um auch Sitz und Stimme auf dem allgemeinen Gewerkschaftskongress zu behalten.

Zur Abstimmung gelangten zwei Anträge. Statula beantragt, die Beiträge für die tschechischen Mitglieder direkt nach Prag zu zahlen, Hreber beantragt, so wie bisher die Beiträge an die Reichskommission in Wien zu zahlen und diese habe die Beiträge von den tschechischen Unionsmitgliedern in Wöhnen an die Prager Kommission abzuführen. Der Antrag Hreber wurde mit großer Mehrheit angenommen. Dagegen reichten die Vertreter des nordwestböhmer Meisters einen Protest ein, den der Unionsstog zur Kenntnis nimmt. (Diese ungeliebten Vorgänge sind für uns der unwiderlegbarste Beweis für die Richtigkeit der Taktik, die unser Vergarbeitsverband gegenüber den parteipolitischen Gruppen und Streitigkeiten einnimmt. Wenn die österreichischen Gewerkschaften heute von dem parteipolitischen Nationalitätenstreit gelöst werden, so nur, weil sie Gewerkschaft und politische Partei vermengen. D. R. d. Vergarbeitsstog.)

Einige andere unwichtige Anträge, die sich auf innere Organisationsangelegenheiten beziehen, gelangten nach kurzer Debatte zur Annahme. Bei der Vorstandswahl war man sich darüber einig, einen Vorsitzenden zu wählen, der der deutschen und tschechischen Sprache mächtig ist, damit eine glattere Geschäftsabwicklung stattfindet. Weil Kamerad Ebert nur deutsch spricht und schreibt, konnte er nicht zum Vorsitzenden wiedergewählt werden. Ihm wurde eine Stelle als Verwalter der Fachpresse angeboten, aber Ebert erklärte, wenigstens vorläufig auf eine Anstellung zu verzichten, er stände aber auf Wunsch der Union nach Kräften als Agitator usw. zur Verfügung. Es wurden dann gewählt die Kameraden Anton Jarolim zum ersten, Peter Cingr zum zweiten, Kiegel zum dritten Vorsitzenden. Pratochwil bleibt Geschäftsführer, ebenso tritt an den Redaktionen der Fachpresse keine Veränderung ein. Die übrigen früheren Vorstandsmitglieder wurden gleichfalls wiedergewählt.

**Arbeiterausschüsse und Berginspektion.**

Der Obmann der Reichskommission der Krankenkassen Österreichs, Laurenz Widholz, Wien, bekräftigte den Anschließ der Bruderladendvertreter (Knappschafftsälteste) an diese zentrale Vertretung der Krankenkasse. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Kamerad Jarolim referierte sodann über die Reform der Berginspektion. In Österreich besteht für den Bergbau ein sogenanntes „Genossenschaftsgesetz“. Dieses Gesetz bestimmt, für die einzelnen Werke sind Arbeiterausschüsse zu wählen, die Lokalarbeiterausschüsse wählen Delegierte zu den Reichsarbeiterausschüssen. Die Werksbesitzer wählen die gleiche Zahl Ausschussmitglieder und bilden in der Bergbaugenossenschaft die erste Gruppe. Die Arbeiterdelegierten bilden die zweite Gruppe. Beide Gruppen treten in bestimmten Zwischenräumen zusammen und beraten (und beschließen eventuell auch) über Fragen, die insbesondere Arbeiterverhältnisse beim Bergbau betreffen. Tatsächlich haben die Arbeiterdelegierten und Lokalarbeiterausschüsse ungefähr dieselben „Rechte“, die das preussische Berggesetz den Arbeiterausschüssen gegeben hat, d. h. sie sind meistens nur Dekoration. Auf der am 29. 30. und 31. Oktober in Wien stattgefundenen Reichskonferenz der Bergbaugenossenschaften haben die Arbeiterausschussmitglieder eine Fülle von Klagen vorgebracht über die Behandlung der Ausschüsse seitens der Unternehmer. Arbeiterausschüsse, die energig für die Beschwerden der Arbeiter eintreten, werden gemahregelt, sie genießen dagegen keinen gesetzlichen Schutz und die Bergbehörden entscheiden meistens zu Gunsten der Unternehmer. Vertreter der Bergbehörde, die sich der Arbeiter annehmen, laufen Gefahr durch den Einfluß der mächtigen, vielfach dem „höchsten Wohl“ angehörenden, sich „christlich“ und „national“ nennenden Grubenbesitzer auch gemahregelt zu werden, wie es dem Vergarbeitsstog Kallisch erging. Die österreichischen Vergleute verlangen deshalb einen gesetzlichen Sitz der Arbeiterdelegierten zu den Bergbaugenossenschaften gegen Mahregelung. Sie verlangen, wie Kamerad Jarolim darlegte,

tatsächliche Rechte für die Wahrnehmung der Arbeiterrechte. So wie die Arbeiterausschüsse heute behandelt werden, ist es ein Dohn auf die Gerechtigkeit. Deshalb streben sich auch die Kameraden, das Amt eines Genossenschaftsdelegierten anzunehmen. Wiederholt ist es schon zu Streiks wegen Mahregelung der Arbeiterausschüsse gekommen. Gleich den Vergleuten anderer Länder verlangen auch die österreichischen gefühlige Anerkennung von Arbeiterinspektoren für die Grubenkontrolle. Die Vergarbeitsfälle sind auch in Österreich kolossal gestiegen. Es kamen schwere und tödliche Unfälle vor auf tausend Arbeiter im

	Braunkohlenbergbau	Steinkohlenbergbau	Gesamtbergbau
1879/1888	6,19	8,92	5,14
1889/1898	7,78	4,89	6,28
1899/1908	11,8	7,56	9,11

Merhand Maschinenationen werden die Grubenverwaltungen an, um die Berginspektion zu täuschen und umwäglich zu machen. Jarolim erzählte hierüber Geschichten, die lebhaft an gewisse Vorkommnisse vor und nach Grubenkatastrophen in Deutschland erinnern. J. B. teilte Jarolim mit, nachdem am 17. Februar auf einer Grube im Tschlicher Meier eine tödliche Schlagwetter-Erpllosion geschehen, haben sich die Vertreter der Bergarbeiterunion zur Bergbehörde begeben, um ihr mitzuteilen, daß auf jener Grube keine Ventilation bestehe. Der Vergar habe darauf den Grubenbesitzer hervorgeholt und erklärt, es existiere auf jener Grube ein Luftschacht, wie die Belüftung beweise. Durch die Vernehmung der sachkundigen Arbeiter wurde dann nachgewiesen, daß jener auf dem Papier gezeichnete Luftschacht schon jahrelang nicht mehr existiert, er ist zugestülpt! (Hört! hört!) So kennt die Bergbehörde die Grubenverhältnisse. Darum muß die Berginspektion reformiert werden. Jedenfalls überzeugt, daß zum nach dem Meisen-Unglück in Courrières, doch eine Inspektionsreform kommen werde, hat nun auf einmal — der Zentralverband der österreichischen Grubenbesitzer den Beschluß gefaßt, den Vergarbaugenossenschaften eine „Geschäftsordnung“ vorzuschlagen, durch welche den Arbeiterausschuss-Mitgliedern gestattet sein soll, in gewissen Zeiträumen in Begleitung eines Werksbeamten, aber tags vorher angemeldet, die Gruben zu kontrollieren! Diese Geschäftsordnung soll den Vergarbaugenossenschaften zur Beschlußfassung unterbreitet werden. Jarolim erläuterte den Unternehmervorschlag dahin, er blübe den Arbeitern die Verantwortung für die Betriebssicherheit auf, gebe den Arbeiterdelegierten aber keine praktischen Befugnisse und schließe den gewissenhaften Arbeiterdelegierten nicht vor Mahregelung. Deswegen müßte gegen diese Vorschläge protestiert werden, vor allen Dingen dürfe der Unternehmervorschlag nicht zwangsweise den Arbeiterdelegierten aufgebötigt werden. Auch die Arbeiter müßten Vorschläge machen, ihnen müßten dieselben Rechte gewährt werden, wie den Unternehmern. Jarolim schlägt dementsprechend eine Resolution vor, die verlangt, die Arbeiterinspektoren sollten durch Gesetz zur beliebigen Kontrolle der Gruben ermächtigt sein. Nur dadurch würden die Unfälle vermindert. (Lebhafte Beifall.)

Hue teilt mit, die von dem österreichischen Unternehmerverband gemachten „Reformvorschläge“ hätten eine fatale Nechlichkeit mit den Bestimmungen, durch die im Saargebiet die Mitglieder der Arbeiterausschüsse „berechtigt“ seien, Kontrollgänge zu unternehmen. Wie es mit der saarabischen „Arbeiterinspektion“ in der Praxis ausschaue, habe der Prozeß Pilger-Brämer bewiesen. Auch in Deutschland nehmen die Bergbauunfälle stets zu. 1885 seien in Deutschlands Bergbau pro 1000 Arbeiter 6 tödliche und schwere Unfälle vorgekommen, 1904 waren es schon 15. Hue bespricht dann die Ursachen und Folgen der Worrustakatastrophe, das Meisenunglück von Courrières und erläutert die Bestimmungen über die Wahl und Tätigkeit der Arbeiterkontrolleure in England, Frankreich und Belgien. Die Arbeiterinspektoren müßten auch das Recht zum sofortigen Einbrechen bei drohenden Situationen haben, es genüge nicht, das ledigliche Eintragen des Befundes in das Kontrollbuch. Dies habe Courrières bewiesen. Wenn in einem Punkte, dann sind sich die Vergarbeiter aller Länder einig in dem Bestreben, die Zahl der Opfer des Bergbaues durch Reform der Werkkontrolle zu vermindern. Zu dem Zwecke müßten die Vergleute aller Länder einig sein und durch internationales Zusammengehen sich wirksamen Lebensschutz verschaffen. (Lebhafte Beifall.)

Gegen die Resolution Jarolim sprach niemand. Meinungsverschiedenheiten herrschten nur darüber, ob die Vergarbaugenossenschafts-Delegierten, wenn der Unternehmervorschlag den Arbeitern aufgezwungen würde, ihr Amt niederlegen könnten, sollten oder nicht. Die Kameraden Brda, Ebert, Zwanager u. a. m. jagten, schließlich sei die Amtsniederlegung der einzige Ausweg. Die Kameraden Cingr und Cöbal schlugen vor, einseitigen noch keinen Beschluß zu fassen, sondern die Resolution Jarolim anzunehmen und abzuwarten, bis die Werkvertreter in der Genossenschaft die Anträge definitiv vorlegten. Dann sollten die Arbeiter ihrerseits Gegenvorschläge machen und dann ihr Verhalten dementsprechend einrichten.

Hreber schlug vor, eine Deputation zu wählen, die schleunigst im Bergwerksministerium vorstellig würde, um dort die Wünsche des Unionsstoges zu begründen. Cingr schloß sich Hreber an. Darauf wurden die Resolution Jarolim und der Vorschlag Hrebers einstimmig angenommen. Da Kamerad Cingr Mitglied des österreichischen Reichsparlaments ist, wurde er beauftragt, die Führung der Deputation zu übernehmen. Als Deputierte wählte der Unionsstog die Kameraden Jarolim, Brda und Cöbal.

Zu Delegierten zum diesjährigen internationalen Vergarbeiterkongress (London, Pfingsten) wurden die Kameraden Ebert und Cingr bestimmt.

Damit waren die Verhandlungen des Unionsstoges beendet. Nach einem kurzen Schlußwort Eberts schloß er die Tagung.

Nachschrift: Die Deputation des Unionsstoges wurde am 18. April von den Vertretern des Bergwerksministers, den Sektionschefs Ministerialräten Weber und Gömann, empfangen. Die Unterredung dauerte etwa eine Stunde. Der Ministervertreter ersuchte die Arbeitervertreter, ebenfalls Vorschläge für eine neue Geschäftsordnung der Vergarbaugenossenschaften zu machen hinsichtlich der Beteiligung von Arbeiterdelegierten an der Grubenkontrolle. Der Regierungsvertreter versprach der Unionsdeputation, die Unternehmervorschläge sollten den Arbeiterausschussmitgliedern behördlich nicht aufgezwungen werden! Sollte zwischen Arbeiter- und Werkvertretern in den Genossenschaften eine Einigung zustande kommen, so werde die Regierung eine Unternehmung über die Verhältnisse der Vergarbaugenossenschaften veranstalten und danach entsprechende Maßnahmen treffen. — Die Arbeitervertreter haben also das Versprechen der Regierung, daß kein einseitiges Regulativ den Arbeitern aufgezwungen werde. Die Reform der Berginspektion in Österreich ist hiermit in die Wege geleitet.

**Soziale Rechtsprechung und Arbeiter-Vericherung.**

Das Gend des heutigen Vereinsrechts. Das Bödumer Schöffengericht verurteilte am 2. Oktober 1905 den gesamten Hauptvorstand unseres Verbandes, die Kameraden Scharf,

Scharf, Horn, Böhmer und Pufmann wegen Verletzung der §§ 2 und 18 des Vereinsgesetzes zu je 15 Mark Geldstrafe. Genanntes Paragrafen lauten vor: „Die Vorsteher von Vereinen, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, sind verpflichtet, Statuten des Vereins und das Verzeichnis der Mitglieder binnen drei Tagen nach Stellung des Vereins und jede Veränderung der Statuten oder der Vereinsmitglieder, nachdem sie eingetretten ist, der Ortspolizei bezüßlich zur Kenntnisnahme einzureichen, derselben auch auf Verlangen, jede darauf bezügliche Auskunft zu erteilen.“ Wegen diese Bestimmungen sollten die Angeklagten verurteilt werden, weil sie auf verschiedene polizeiliche Anfragen aus allen Gauen Deutschlands über Angabe der genauen Wohnung (Straße und Hausnummer), Geburtsort usw. die Auskunft verweigert hatten. Hierzu hielten sich die Angeklagten für berechtigt, weil einige Jahre früher, als noch sämtliche Mitglieder durch die Vertriebsstelle der Jahressitzung bei der Ortspolizei angemeldet wurden, das Bödumer Schöffengericht und nachher auch das Landgericht den damaligen Hauptvorstand, die Kameraden Scharf, Böhmer, Meyer und Pufmann, zu je 20 Mark vorurteilte, weil sie es unterlassen hätten, die Mitglieder in Bohum angemeldet und hierüber ausdrücklich betont wurde, daß die einfache Anmeldung des Vornamens genüge. In der letzten Angelegenheit handelte es sich dazu noch um eine Reihe schon ausgetretener Mitglieder, gegen die sie doch keinerlei Verpflichtung mehr hatten. Dennoch die Verurteilung.

Das Landgericht Bohum sprach als Berufungsinstanz am 25. Juni 1906 die Kameraden Horn, Böhmer und Pufmann frei, weil diese nur innere Funktionen hätten und deshalb nicht zu den „Vorstehern“ gemäß § 2 und 18 des Gesetzes gerechnet werden könnten. „Vorsteher“ wären nur die, die berufen seien, den Verein nach innen und außen zu vertreten. Das seien die beiden Vorstände, Scharf und Schröder. Gegen diese wurde vom Landgericht die erstinstanzliche Geldstrafe bestätigt. Das Landgericht nahm zunächst an, daß eine Auskunft im Sinne des § 2 auch die Wohnungsangaben umfassen könne. Allerdings dürfte die Polizei die Vereinsvorsitzer nicht ohne weiteres, nicht ohne festzustellen, ob die Personen ohne genaue Adresse aufzufinden seien, als Auskunftsbureau benutzen. Die Vereinsvorsitzer seien auch nicht verpflichtet, besondere Nachforschungen nach dem Aufenthaltsort der Mitglieder anzustellen. Hier hätten sich Scharf und Schröder schuldig gemacht durch prinzipielle Weigerung jeder Auskunft über die Wohnungen in jedem Falle. Auch hinsichtlich der bereits abgemeldeten früheren Mitglieder hätte jene Auskunft verlangt werden können und von den Vorstehern erteilt werden müssen, natürlich auch hier nur soweit, als sie etwas über Wohnort und Wohnung der ausgeschiedenen Mitglieder aus den Vereinslisten mitteilen. Dagegen hätte nach dem Vereinsgesetz für die Vorsteher keine Verpflichtung bestanden, Auskunft über die Zusammenfassung des Vorstandes eines Zweigvereins zu erteilen.

Scharf und Schröder legten, soweit Verurteilung erfolgt war, Revision ein; und die Staatsanwaltschaft, soweit Freisprechung erfolgt war, die Angeklagten wurden vor dem Kammergericht am 20. April durch Rechtsanwalt Dr. Behrend vertreten.

Das Kammergericht hob das landesgerichtliche Urteil auf und verurteilte die Scharf zur nachmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht Bohum zurück. Unter anderem wurde ausgeführt: Mit Recht habe das Landgericht die Verpflichtung zur Auskunftserteilung über die Zusammenfassung des Vorstandes eines Jahressitzung verneint. Entwerber seien diese (sogar als Verbandsmitglieder im Verein), und dann wäre die Polizei nicht berechtigt, mit Bezug auf ihre spezielle Stellung in der Organisation eine Auskunft zu fordern; oder aber der Ortsverein hätte ein ganz selbständiges Vereinsleben, und dann bräuchten die Angeklagten deshalb über die Mitglieder dieses Vereins keine Auskunft geben. Wenn das Landgericht Horn, Böhmer und Pufmann nicht als „Vorsteher“ gemäß §§ 2 und 18 ansieht, so sei dies falsch. Als Vorstandsmitglieder seien sie Vorsteher, auch wenn sie nur im Innern wirkten. In dem Falle der allgemeinen Fassung könne von der Befreiung nach § 18 nur ausgenommen werden der Vorsteher, bez nachweisen könne, daß er an der Unterlassung ganz ohne Verschulden sei. § 2 spreche nun wörtlich von jeder darauf bezüglichen Auskunft, indem er sich auf das Verzeichnis der Mitglieder, die Veränderungen usw. usw. beziehe.

**Aus den Unternehmerverbänden.**

Eine neue Unternehmervereinigung wurde in Leipzig gegründet. Die deutschen Strohholzfabrikanten vereinigten sich zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Wann wird die Arbeiterchaft einmal einsehen, daß sie ohne Unterschied der Religion und Partei sich in einen Verband zusammenscharen muß. Von der Gründung eines christlichen Unternehmervereins hat man bis jetzt noch nichts gehört. Sie lassen sich nicht zersplittern wie die Arbeiterschaft.

**Internationale Mundschau.**

Österreich (Böhmen). In der Weberei Königinnhof traten 4000 Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ausstand; ihre Forderungen wurden bewilligt.

Paris. Hier sind 6000 Gold- und Juwelierarbeiter in den Ausstand getreten.

England. Die Weber von Manchester haben sich mit großer Mehrheit für einen allgemeinen Ausstand erklärt, falls die von ihnen geforderte Lohnerhöhung von 5 Proz. nicht bewilligt wird.

London. Während der Osterfeiertage hielt der internationale Verband der Badegewässern seinen Kongress in London ab. Es waren vertreten: England, dessen Verband gleichzeitig und im selben Saal zu seinem Jahreskongress versammelt war; Frankreich, Belgien, Spanien, Portugal und Polen. Dann war das belgische Arbeitsministerium offiziell vertreten. Die Franzosen waren gespalten und ein Teil derselben beantragte den Ausschluß der antiparlamentarischen Syndikalistin; der Antrag führte zu einer hitzigen Debatte, die indes auf Antrag der Engländer abgebrochen wurde. Sodann begrüßten Mich Mac Arthur und Genosse Pete Curran den Kongress im Namen der britischen Gewerkschaften. Wie alle internationalen Kongresse, hat auch dieser vorerst mit Schmierarbeiten zu kämpfen, die ein erfolgreiches Wüten hemmen. Es soll für Durchführung folgender Beschlüsse eingetreten werden: Achtstundentag; 36 Stunden Arbeitsruhe von Sonnabend Abend bis Montag Morgen; Schiedsgerichte und Schaffung von Unterstufungsklassen für arbeitslose Kollegen.

**Knappschaffliches.**

Bohum. Weiteres von der Vorstandssitzung des Allgemeinen Knappschafftsvereins zu Bohum vom 10. April. Bei Wiederaufnahme von Mitgliedern — das sind solche, die bereits eingeschriebene Mitglieder waren, durch Unterbrechung der Vergararbeit und Nichtzahlung der Jahresbeiträge gelöst sind — soll denselben das Probeberufliche Grundbesitz als Dienstzeit angerechnet werden. Für die anzutretende Zeit sind die vollen Beiträge von allen Mitgliedern nachzufordern. Die vollen Beiträge sind von den Mitgliedern zu zahlen. — Bei den am 24. Februar d. J. getätigten Wahlen wurde in Wöhnen Toh. Thiffen bezw. Wilh. Lichtenberg gewählt. Thiffen soll zu gunsten Lichtenbergs die Wahl nicht angenommen haben, vielmehr zurückgetreten sein. Dabei war die Verwaltung die Frage auf, ob der Ausschuss ohne weiteres eintreten könne. Die Angelegenheit hatte den Sachungsausschuss bereits beschäftigt und lag folgender Beschluß vor, der auch — Majoritäts — Annahme fand:

„Der Sachungsausschuss entscheidet grundsätzlich, daß nach § 74 Abs. 4 der Satzungen erst dann ein Ersatzmann in die Stelle des gewählten Vorgesetzten treten kann, wenn der Vorgesetzte während der Wahlperiode sein Amt verliert. Der Ersatzmann kann also nicht eintreten, sofern die Wahlperiode des Vorgesetzten noch nicht begonnen hat. Tritt also ein zum Vorgesetzten gewähltes Knappschafftsmitglied vor Wiedernahme seiner Tätigkeit als Vorgesetzter von der Wahl zurück, so muß stets eine Neuwahl getätigt werden.“

Besitzt auf § 72 der Satzungen befristeten die Verbandsältesten die angeführte Auslegung der Satzungen. Um aber auch Nichtingewählten ein Bild von der Sachlage zu geben, sei hier der § 72 der Satzungen wörtlich angeführt, derselbe hat folgenden Wortlaut:

„Als gewählt gelten diejenigen zwei nach § 69 wählbaren Personen, welche die relativ meisten Stimmen auf sich vereinigen, und zwar ist derjenige, der unter diesen beiden die meisten Stimmen erhalten hat, als Knappschafftsältester, dagegen der andere als Ersatzmann gewählt.“

Zugleich wollen wir den Abs. 4 des § 74 der Satzungen hier anführen, worauf der vorher angeführte Beschluß beruht. Dieser lautet: „Verliert der Vorgesetzte während der Wahlperiode sein Amt, so tritt ohne weiteres der Ersatzmann ein.“

Weil nun Thiffen sein Amt als Vorgesetzter noch nicht angetreten hatte, glaubte man, daß der Ersatzmann nicht eintreten werden könnte. Es ist jaungsgemäß auch richtig, hat aber mit den beiden nach § 72 ge-



Provinz Sachsen, Brandenburg, Thüringen.

Grube Concordia. Hier wird Sonnabends gewöhnlich um 1/2 10 Uhr eingelangt und nicht um 1/5 Uhr die Ausfahrt beginnt, doch wird es hier 6 Uhr, manchmal noch später, ehe man an Tag kommt. Will man die richtige Arbeitszeit einhalten, so wird man mit einer Mark bestraft und bekommt nur 1/10 Schicht. Diejenigen, die sich über dieses scharfe Vorgehen beim Obersteiger beschwerten, erhielten zur Antwort, daß sie doch auch etwas länger machen könnten, die Strafe würde ihnen aber nicht erlassen. Trotz der gerade in letzter Zeit vorherrschenden Schürerel bekommen die Kameraden Ausdrücke, wie „Fauler Kerl, Fauler Kerl“ zu hören. Aber auch hier gibt es unter den Kameraden noch solche, die man im gewöhnlichen Leben mit dem Ausdruck „Schickel“ bezeichnen könnte. Jede Kleinigkeit wird von diesen „Helden“ dem Steiger aufgetragen. Von solchen Helfern kann man auch nicht erwarten, daß sie sich organisieren, denn das wäre ein Wort, der größte Dumm in ganzen Land ist und bleibt der Denunziant, trifft auf solche Weselen zu. Diejenigen Kameraden, die noch nicht organisiert sind, mit dem Denunzianten gescheit aber nichts zu tun haben, müssen wir so schnell wie möglich zu gewinnen suchen. Denn nur durch eine starke Organisation können wir unsere Lage verbessern. Deshalb nicht nachgelassen in der Agitation, bis uns alle ehrlieh denkenden Kameraden angehören.

Königreich Sachsen.

Deutsches Land. Letzte Mißstände herrschen hier. Vor allem tritt es, wie schon in Nr. 16 dieses Blattes mitgeteilt wurde, Bahnzimmern Schönsfelder zu bunt; drei Kameraden machten vom 6. auf 7. April früh punkt sechs Uhr Schicht. Schönsfelder erstattete Meldung beim Steiger Dietrich, diese Leute hätten zu zeitig aufgehört, worauf sie bestraft wurden. Auch Steiger Dietrich benimmt sich sehr höflich gegen die Arbeiter, so äußerte er zu einem Arbeiter: „Sie sind nicht wert, daß man Sie an die Wand haut.“ Auch drohte das Herrchen, einen noch älteren Arbeiter wie er selbst ist mit dem Stock zu schlagen, und holte auch wirklich aus. Steiger Dietrich mag doch seine Heruleskraft zu Hause und nicht am Bruder Vergmann in der Grube ausüben. Auch scheint er nicht zu wissen, wann eigentlich Schicht ist, so kam es vor, daß schon drei bis fünf Minuten über die Zeit gearbeitet war, doch bei dem Herrn Steiger fehlten noch zehn Minuten. Hat der Herr vielleicht eine Uhr, die man beim Schichtanfang eine Viertelstunde vor und am Ende der Schicht eine Viertelstunde zurückdrehen kann? Wir können uns dies nicht erlauben, denn dazu verdienen wir zu wenig, unsere Uhren zu ruinieren. Es wäre sehr angebracht, wenn die Berginspektion einmal nach dem Rechten sehen wollte.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Berlinandgrube. Aus Anlaß der Grubenkatastrophen beschäftigt man sich auch bei uns mit den Ursachen der Explosionen. So war am 20. April auf dem Silborsfelde der 400-Meterschle, Wrensbey II, ein Beamter (wie uns vorlief, vom Oberbergamt) mit dem Herrn Bergverwalter Schendera und dem Obersteiger Schürerpeil und untersuchte den auf dem Holzwege vor Ort befindlichen Kohlenstaub; indem der Bergverwalter die Lampe hinstellte und den Kohlenstaub über die Flamme hinwegblies, explodierte der Staub zwar nicht, aber der brennbare Stoff in dem Staube entwickelte Funken. Der Beamte fragte nach dem Beschaffenheit, das zwanzig Meter vom Orte bereit liegt. Er erwiderte sich auch, wieviel Schuß an diesem Tage gleichzeitig abgefeuert wurden. Der Ortsälteste antwortete acht. Der Beamte war darüber sichtlich erstaunt, doch war der Herr Bergverwalter entschuldigend ein, daß der Pfeiler gestern noch niedrig gewesen ist, trotzdem auch am Tage zuvor der Pfeiler schon sechs Meter hoch ausgearbeitet war. Der Herr Bergverwalter hat noch „vergesen“ zu berichten, daß man oft in einer Höhe von elf Metern noch gleichzeitig acht Schuß abfeuern muß und nicht nur, wo es niedrig ist. Wir wollen dies also nachholen, denn wir nehmen an, daß das Oberbergamt die „Bergarbeiter-Zeitung“ liest. Neugierig sind wir, was der Herr zu dem Brandherde gesagt hat, denn trotzdem man sich seitens der Betriebsleitung die größte Mühe gibt, den Brand sicher abzuwenden, ist die Gefahr doch noch sehr groß, weil man trotz der Brandpfeiler und verschiedener Dämme immer noch den Brandgeruch sehr stark vermerkt. Daß die Sache nicht ungefährlich ist, erhebt daraus, daß die Feuerzeuge über zirka zwanzig Mann zur Sicherung der Brandbäume einzuhalten mußten. Auch dabei ging es nicht ganz gerecht zu, denn einzelne belamen für 12 1/2 Stunden Arbeit nur eine Schicht. Als wir nach getaner Arbeit durch den Grufschlafschicht ausfahren wollten, war kein Aufschlager am Schacht, so daß wir wieder von der 400 nach der 800-Meterschle nach dem Benjaminschicht bergauf wandern mußten. Wir machen jetzt schon auf die Gefährlichkeit des Brandherdes aufmerksam, damit nicht auch bei uns eine unerwartete Katastrophe eintritt; es fallen ohnedem fast täglich Opfer genug. Auch die Wassergräben mußten einmal gründlich revidiert werden, der Herr vom Oberbergamt hat zwar nach festem Trinkwasser gefragt, aber die Gefäße nicht in Augenschein genommen; an verschiedenen Stellen die Gefäße oder sie sind defekt, so daß die Leute mit der schmutzigen Kanne das Wasser schöpfen müssen. Es wäre wünschenswert, daß der Herr Bergbeamte ohne den ganzen Stab der Verwallung die Dertter revidierte, da er sonst nie die richtigen Verhältnisse kennen lernt.

Süddeutschland und Reichslande.

Grube de Wendel. Strafen regnet es hier in Fülle. Was früher im Ruhrgebiet das Wagenmüllern, ist für die hiesigen Bergarbeiter das Wachsen. So wurde im Monat März eine Kameradschaft mit 32 Mark bestraft. Einer anderen Kameradschaft wurden im Monat April in neun Schichten 21 Mille Minette gewischt, das Mille zu 1 Mark. Dadurch hatte diese Kameradschaft in neun Tagen eine Strafe von 21 Mark. Eine Kameradschaft förderte im März 700 Mille Erz 4 1/2 Mt. = 700 Mt., davon wurden ihnen fünf Strafen, Wachsen und Munition 202,50 Mark abgezogen. Ist dies nicht eine Schande. Hat aber eine Kameradschaft schlechte Arbeit, kümmert sich niemand darum und sie kann mit 2-3 Mt. am Lohnstage nach Hause gehen.

Zotfingern. Auf vielen hiesigen Gruben hat man Konsumgeschäfte errichtet, wo die Bergarbeiter gezwungen sind, ihre Einkäufe zu machen, da sie auf Kredit angewiesen sind, was bei den „hohen“ Löhnen und „niedrigen“ Lebensmittelpreisen hier kein Wunder ist. Braucht ein Arbeiter Vorrat, erhält er einen Gutschein für Waren im Konsum. Nun kommt es auch öfters vor, daß so ein armer Teufel bar Geld braucht und ist er dann genötigt, seinen Gutschein vielleicht im Werte von 20 Mark für 15 Mark bar zu verkaufen. So braucht unläuglich eine Bergarbeiterfrau 50 Pfg.; bar Geld gab es auf der Grube nicht, nun wurde mit einem Gutschein ein Pfund Kaffee für eine Mark im Konsum geholt und für 50 Pfg. wieder veräußert. Diese Wertkonsume sind viel mit am Glend der Arbeiterschaft schuld.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Bohum. Ein in der M.-Glabbacher Südelische zuerst gebrauter Schmähartikel gegen unsere Verbandsleitung macht wieder einmal die Runde durch den „Christlichen“ Blätterwald. Zuerst brachte ihn die „Tremonia“, untreulich das schlimmste Schmugblatt des ganzen Ruhrreviers, und hielten wir ihn für ein Geistesprodukt des he-rühmten Senning, auf das wir nicht zu antworten gedachten. Es gibt nämlich eine Grenze, wo die Polemik mit Vergnügen aufhört, und die „Tremonia“ hat längst denjenigen Grad „journalistischen Anstandes“ erreicht, wo eine Polemik und ein Antworten auf Lügenfabrikate in der Tat aufhört. Doch nachträglich tauchte die Sudelei auch in den anderen Zentrumsblättern auf, die nach dem Grundsatz: „Du sollst nicht falsches Zeugnis wider deinen Nächsten ablegen“, redigiert werden, ohne Quellenangabe, jedoch wir es nicht mit Tremoniasubstanz, sondern mit einem M.-Glabbacher Pasquill zu tun haben. Der Verbandsvorstand soll wie das Pasquill mittelt, über den Verbleib von 5000 Mark keine Rechenschaft abgelegt haben. Nun verwaltet unser Vorstand keine Opferpfennige, über die keinerlei Rechenschaft abgelegt wird, sondern Mitgliederbeiträge, die gegen Quittungsmarken einfließen werden, und die einer genauen und leichten Kontrolle unterliegen. Ueber jeden Pfennig, der bei unserem Vorstand ein- und ausgeht, wird Buch geführt und öffentlich quittiert; das weiß man auch in M.-Glabbach. Unser Vorstand hat voriges Jahr, als auch in Rußisch-Polen die Bergleute sich an dem großen Kultur-

lampf der russischen Arbeiterschaft beteiligten, 5000 Mark zur Unterstützung bewilligt. Dieses Geld war Verbandseigentum, jedoch nicht aus Mitgliederbeiträgen aufgebracht, und wurde von unserem Vorstand an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands geschickt, mit dem Erfuchen, es an den Bestimmungsort weiter gelangen zu lassen, was auch in der „Bergarbeiter-Zeitung“ mitgeteilt wurde. Die Generalkommission teilte jedoch mit, daß sie keinerlei Verbindungen in Rußisch-Polen habe, weil es dort an festgelegten Gewerkschaften fehle, sie demnach nicht in der Lage sei, das Geld in unserem Sinne weiter befördern zu können und machte den Vorschlag, das Geld dem sozialdemokratischen Parteikassierer zu überweisen, womit sich unser Vorstand einverstanden erklärte. Um dieselbe Zeit wurden noch weitere Beträge von unserem Vorstand an deutsche Gewerkschaften, die sich in Lohnkämpfen befanden, abgeschickt, was ebenfalls in der „Bergarbeiter-Zeitung“ mitgeteilt wurde. Ueber diese Beträge wurde durch die Generalkommission im „Correspondenzblatt“ quittiert, während über die ersten 5000 Mark statt der Generalkommission der sozialdemokratische Parteikassierer im „Vorwärts“ quittierte. Diese Transaktion teilten wir öffentlich nicht mehr mit, weil wir es für selbstverständlich hielten, da die Generalkommission Geldübermittlung nach Rußland nicht besorge, daß somit für jeden Menschen feststand, daß die im „Vorwärts“ quittierten 5000 Mark keine andere sein konnten, als die an die Generalkommission abgeschickten. Die M.-Glabbacher machen daraus jedoch 10000 Mark. 5000 Mark seien laut „Bergarbeiter-Zeitung“ an die Generalkommission abgeschickt, aber nicht quittiert worden, und 5000 Mark habe der sozialdemokratische Parteikassierer laut Quittung im „Vorwärts“ erhalten. Wo stecken nun die ersten 5000 Mark? fragen die M.-Glabbacher. Es handelt sich in Wirklichkeit also nur um eine einmalige Gabe von 5000 Mark, die von unserem Vorstand ursprünglich an die Generalkommission abgeschickt war, von dieser aber im Einverständnis des Vorstandes an den sozialdemokratischen Parteikassierer übermittelt und dann von diesem wiederum an den Bestimmungsort weitergeschickt wurde. Die M.-Glabbacher wollen um jeden Preis etwas ausfindig machen, um der Unredlichkeit zehen zu können. Zuerst sollte das Offener Gewerkschaftsartikel Sammelgelber nicht abgeliefert haben, und als wir die Lügner helmschickten, erfand die „wahrheitsliebende“ „Tremonia“ sogar den ungeheuerlichen Schwindel, die Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ habe sich von Streikgebern eine Notationsmaschine angeschafft und vor Gericht gezogen, konnten die „Musterchristen“ nicht einmal einen Beweis antreten, während der Geschäftsführer der „Arbeiter-Zeitung“ den unwiderleglichen Beweis erbrachte, daß die fragliche Notationsmaschine lange vor dem Streik angeschafft und aus den Geschäftserträgen bezahlt wurde. Doch wenn die M.-Glabbacher nun einmal glatte Unredlichkeit fordern, warum fordern sie nicht, daß der Gewerbeverein „Christlichen“ Bergarbeiter eublich eine Streikabrechnung liefert? Bis heute hat der Gewerbeverein noch keine Streikabrechnung geliefert! Handelt es sich beim Gewerbeverein vielleicht auch um gesammelte Opferpfennige, über die eine Abrechnung nicht geliefert wird? Auch sonst sind die „Abrechnungen“ der „Christlichen“ derart verschleiert und verschwommen gegeben, daß kein Mensch und sie jedenfalls selbst nicht klug daraus werden, wenn überhaupt abgerechnet wird; aber dazu schweigt man in M.-Glabbach. Wir haben die M.-Glabbacher zu unserer Massenkontrolle durchaus nicht nötig, mögen sie dafür im Lager der „Christlichen“ selbst ihre Tätigkeit entfalten, an Arbeit mangelt es dort wahrhaftig nicht.

Bohum. Schon wieder stellt der „Bergknappe“ an uns ein Anfinnen, das sonst nur in Staatsanwaltschaften beliebt wird. Wir sollen den Namen des Gewerkschaftsleiters nennen, der uns die Mitteilung von einer am 8. April stattgefundenen Konferenz machte, die nach dem „Bergknappen“ nicht stattgefunden habe. Leider können wir ihm diesen Gefallen nicht tun oder nennt der „Bergknappe“ seine Gewährsmänner „Neumündlerg Versammlungen“ haben am 8. April stattgefunden und es wäre doch sicher nicht möglich, da noch eine Konferenz abgehalten, so meint der „Bergknappe“. Daß von den „Christlichen“ Gewerbevereinen jede Zahlstellenversammlung bei dieser Zahlung mit aufgeführt wird, ist bekannt und wären diese neunundvierzig „Versammlungen“ durchaus kein Grund, die Abhaltung einer Konferenz zu verhindern. Der „Bergknappe“ hat hinter der Bemerkung, Wertpapiere zu verhindern, zwei Auszufolgen stehen, dies soll jedenfalls bedeuten, daß die Redaktion des „Bergknappen“ die Notiz nicht gelesen oder gelesen haben will. Nach Nr. 17 des „Bergknappen“ zu urteilen, liest aber die Redaktion des „Christlichen“ sehr genau und in dieser stand am 9. April: „Die Vertrauensmänner der Ruhrbergleute haben in einer gestrigen abgehaltenen Konferenz beschlossen, nicht in einen Streik zu treten.“ Es kann uns nur wundern, daß die Redaktion des „Bergknappen“ diese Notiz nicht kennt und steigen uns und jedenfalls auch den Gewerbevereinen allerhand Bedenken dabei auf.

Aus dem Finsterlande schreibt uns ein Kamerad: Eine ungläublich feberhafte und nicht weniger raffinierte Agitation betreibt in letzter Zeit der „Christliche“ Gewerbeverein in allen Orten des Finsterlandes. Die alten Gewerbevereiner und Zentrumsfanaliker lebten dem Glauben, daß in diese, der Dummheit und dem Wahnsinn prädestinierte Gegenden niemals Aufklärung und Licht eindringen würde und nun sehen sie, daß die Jugend sich von der geerbten Dummheit befreit und Licht in ihre Heimat bringen will und daran merken sie auch, daß ihnen der Boden unter den Füßen schwindet; es gilt also das Verlorene wieder zu gewinnen. Schon die Reichstagswahl verfecht die Finstermänner in panischen Schrecken, aber hier gab es noch eine billige Selbsttäuschung. Man sagte, die Kumpels sind unzufrieden mit den jeweiligen Verhältnissen und dazu haben sie nach den Vorinformationen ja auch berechtigten Grund und diese Unzufriedenheit haben sie durch Abgabe des Stimmzettels zum Ausdruck gebracht, aber sobald sie die Verhältnisse besser, kehren die Leute wieder zur alten Tradition zurück. Es kam die Knappschaftsältestenwahl, bei welcher eine Anzahl Gewerbevereinsälteste aus unbestrittenen Hochburgen des Gewerbevereins aus dem Sattel gehoben wurden und dort, wo sie sich noch einmal behaupteten, ist ihre Stimmenechtheit eine so lächerlich geringe, daß, wenn die Entwicklung ihren bisherigen Lauf behält, sie bei der nächsten Wahl totschier ebenfalls fliegen. Ihr Sieg bedeutet für sie ein momento mori! und das haben sie verstanden. Durch den Streik glaubte man, die sehr schimmliche Gewerbevereinsmare etwas aufgeschrikt zu haben, aber die nachherigen Wahlen zu den Arbeiterauschüssen und der Berggewerbegerichtsbeisitzer zeigten ihnen mit erschreckender Deutlichkeit, daß sie noch schimmlicher und unsinnlicher geworden war, also durch andere Mittel aufgeschrikt werden muß. Zu diesem Zweck betreibt man schon seit Monaten eine intensive Hausagitation, bei der das Blaue vom Himmel heruntergelogen und der Verband nach allen Grundrissen dieser „Christlichen“ heruntergesetzt wird und die Weiter verächtlich werden. Selbst „Hochwürden“ haben in den einzelnen Ortschaften das besterkes zu tun, als von Haus zu gehen und die tollsten Lügen über den Verband zu verbreiten nach dem Grundsatz: „Du sollst kein falsches Zeugnis ablegen wider deinen Nächsten.“ Tressen diese „Hausagitatoren“ die Frauen allein an, dann malen sie diesen die „Gyllenpein“ vor, die sie, ihr Mann und ihre unschuldigen Kinder, „eine Gwigleit“ erdulden müssen, wenn der Mann nicht aus dem Verband aus- und dem „alleinsehmachenden“ Gewerbeverein beiträgt. Viele Frauen geben dann in ihrer Angst und um ihre „Seele vor ewiger Verderbnis“ zu retten die Verbandsbücher an den „Seeleretter“, ab, erhalten dann ein Gewerbevereinsbuch und wenn der Mann später von Schicht kommt und erfährt, was vorgefallen ist, gibt es zunächst Streit und Zank und dann die unsmählige Arbeit der Beschaffung eines neuen Verbandsbuches. Mehrere hundert solcher Doppelte mühten auf dem Verbandsbureau ausgeföhrt werden und die ganzen Bemühungen der „Christlichen“ Hausagitatoren einschließliche „Hochwürden“ für den „alleinsehmachenden“ Gewerbeverein war nutzlos, brachten nur Unfrieden in die Familien. Jetzt verbreitet man den — ach so „interessant“ geschriebenen „Bergknappen“ — von Haus zu Haus, an Verbandsmitgliedern, an Unorganisierten, an jeden der Klopfpapier nötig hat und hofft auf diese Weise den Kumpels die „Ueberzeugung von der Richtigkeit der Gewerbevereins beizubringen. Verbandsmitglieder erhielten Woche auf Woche 20, 30 selbst 50 „Bergknappen“ zur „Einsicht“ und Weiter-

verbreitung“ und freuten sich über das wohlfeile Butterpapier. Gest wollten sie dieses Butterpapier nicht annehmen, da die Verteilung des selben doch von den Pfennigen der irrezuleitenden Kameraden bezahlt werden muß, aber auf Anraten unserer Vertrauensleute nahmen sie die „Christlichen“ „Bergknappen“ doch an, denn unsere Mitglieder sind ja nicht schuld daran, daß die Beiträge der „Christlichen“ Bergknappen so verschwendet werden. Da der „Bergknappe“ in der „Offener Volks-Zeitung“ gedruckt wird und diese ganz ein gutes Geschäft macht, braucht man sich nicht mehr zu wundern, wenn die „Offener Volks-Zeitung“ sich scharf gegen eine Verschmelzung der Verbände wendet, denn dadurch würde ihr der Druck der gutgezahlten Maluataur entgegen und die Zentrumsfische sind stets gute Geschäftsführer gewesen. Über nicht um durch die Verteilung des „Bergknappen“ sucht man „Verleihen“ für das Christen-Christentum“ zu machen, sondern es gibt auch noch — halbe Älter, wenn jemand liberritt. In Gortermart ging eine „Christliche“ Patrouille unter Aufsicht des „Mutterchiffen“ Ullst auf „Groberung“ aus und versprach dabei den Verbandskameraden, Selbstverständlich lachten unsere Kameraden die „Schnappsmarkender“ gründlich aus, denn für „halbe Älter“ ist ihnen ihre Ueberzeugung nicht feil. Sie ließen die „Christlichen“ ihren Fuhel trinken und blieben dem Verbands treu. Diese verzweifeltsten Anstrengungen zeigen, daß der Gewerbeverein auch schon im Finsterland die galoppierende Schwindelucht hat und tut jeder Verbändler die galoppierende Schwindelucht und können für unser Sache, wird beim nächsten Waffengang, den die Verbände zu bestehen haben, das ganze Finsterland dem Verbands zufallen, trotz „Hausagitation“, trotz Verteilung des „Bergknappen“, trotz „halbe Älter“ und trobaladem.

Brandauer. Auch auf Zeche Achenbach scheint man mit den hiesigen Arbeitern nicht auskommen zu können. Wurde doch der vom vorigen Jahre als Arbeitsmittler bekannte Bloßfisch auf 14 Tage nach Sachsen beurlaubt, um dort Leute anzuwerben. Er soll seine Reisevergütung, Spesen und, wie ein richtiger Sklavenhändler, pro Kopf 1 Mark bekommen. Die Kameraden in den sächsischen Revieren mögen den Vorkurs des Bloßfisch nicht folgen lassen, denn was wir hier haben, ist in Sachsen sicher auch zu finden. Bleibt in erster Heimat, Kameraden, agitiert für den Verband, wie wir es hier auch machen wollen, dann werden bei euch wie bei uns schon bessere Zustände zu erkämpfen sein. Seitzingen. Unsere Bahnhöfe scheinen die Herren „Christlichen“ Gewerbevereiner besonders auf Korn nehmen zu wollen. Die Flugblätter mit ihrem „geschmackvollen“ Inhalt nehmen hier kein Ende, man scheint uns für Jahre hinaus mit Butterpapier verfolgen zu wollen. Statt Indifferente aufzuklären, sucht man uns Mitglieder abzuwerben. Sogar der hiesige „Christliche“ Zahlstellenvorstand hat schon ein Flugblatt verbrochen, in dem er M.-Glabbacher Mädchen aufmährt; jedenfalls langat sein Spiritus nicht dazu, selbst etwas zu kochen. Wer mag die Kosten dieser Agitation bestreiten? Gibt es doch hier eine ganze Anzahl „Christlicher“ Gewerbevereiner, die wöchentlich nur 10 Pfg. Beitrag zu leisten brauchen. Ein zur Rede gestelltes „Christliches“ Mitglied meinte, das wären nur die Jugendlichen, die 10 Pfg. bezahlen. Auf die Frage, wer unter die Jugendlichen gerechnet würde, erfolgte die Antwort, wer noch nicht Lehrgänger sei. Wir glauben aber, daß noch verschiedene andere dazwischen sind. Also keine Beiträge in der hiesigen Bahnhöfe des „Christlichen“ Gewerbevereins, vielleicht auch noch in anderen, aber Flugblätter in Masse. Kleine Entnahmen, große Ausgaben! Dies gibt zu denken.

Kirchderne. In der am Sonntag den 22. April stattgefundenen Zahlstellenversammlung wurde beschlossen, den Boykott gegen das Lokal der Wirtin Witwe Schock zu stellen und in verkürztem Maße durchzuführen, da die Verhandlungen, die die Kommission mit dem Vertreter der Wirtin Schock zwecks Ueberlassung des Lokals führten, kein befriedigendes Resultat zeigten. Als Vorkommnisse wurden sieben Kameraden gewählt. Sodann hielt Bezirksleiter Kamerad Bartels einen beifällig aufgenommenen Vortrag. Die Kameraden von Kirchderne und Umgegend werden ersucht, den Boykott streng zu beachten, denn wer Boykottbruch begeht, schädigt sein und das Interesse der Kameraden. Ferner wurde beschlossen, dem früheren Unteroffizier, Gefängnisaußseher und Polizeigeanten, jetzigen — Friedrich Schock — seiner beleidigenden Aeußerungen wegen an anderer Stelle zu zitieren.

Meiderich. Auf die Verichtigung der Zeche Westende teilt uns ein Kamerad, der in Berlin angeworben wurde, folgendes mit: In den Tagen zwischen dem 11. und 15. Februar stand in der „Berliner Morgenpost“ (Arbeitsmarkt) ein Inserat folgenden Inhalts: „500 Arbeiter für Bergwert Rheinlands gesucht bei achtstündiger Arbeitszeit und einem Durchschnittslohn von 4,50 Mt. Zu erfragen Michaelkirchstr. 24, Hof II, Rostor.“ Auf diese Annonce hin meldeten wir uns nun und wurde uns vom Agenten Wende gesagt, daß wir 4,50 Mt. verdienen würden. Allerdings erzählte der Agent, der uns abholte — aber erst auf dem Bahnhose —, daß nur 3,50-3,80 Mt. gezahlt würde, das die wenigsten der Angeworbenen haben dies gehört. Was sollten auch die Leute machen, von denen verschiedene ihre Stellen aufgegeben hatten, weil sie glaubten, im Ruhrgebiet mehr zu verdienen? Hätte der Agent uns erzählt, daß nur ein Lohn von 3,50 Mt. gezahlt würde, er hätte keine Leute nach hier bekommen. Viele sind ja auch hier angekommen und gar nicht angefahren, da ihnen der versprochene Lohn nicht bewilligt wurde. Es sind sogar einige Leute dabei, die noch nicht einmal 3,50 Mt., sondern nur 3,40 Mt. erhalten.“ Die Verichtigung der Zeche Westende wird durch diese Aeußerungen hinfällig.

Meiderich. Den Mitgliedern hiesiger Zahlstelle zur Kenntnis, daß von jetzt an, da die Woten nur monatlich einfließen, die Auszahlung des Krankengeldzuschusses an jedem ersten Sonntag im Monat, morgens von 9-12 Uhr, an der Behausung des Vertrauensmannes Heintz. Pabderg, M.-Stiller 164, stattfindet. Ferner werden von den Woten in diesem Monat 10 Pfg. für Kranzgebühren erhoben. Sodann wird ersucht, sich besser an der Verdrigung verstorbener Kameraden zu beteiligen, denn bei einer Mitgliederzahl von 400 hatten wir bei der Verdrigung am 8. April ganze 10 Mann zu verzeichnen, aber bei sonstigen Vereinen, wo 1 Mt. Strafe gezahlt werden muß, ist jeder am Plage. Dies muß anders werden, tue jeder seine Pflicht.

Oberhausen. Bei der am 24. April stattgefundenen Berggewerbe-

gerichtswahl haben Stimmen erhalten in der

Spruchkammer Oberhausen:

Bezirk	Ort	Verband	Christl. Gewerbeverein und Zeche	Zechenpart.	Polen
1	Sterkrade	108	202	—	—
2	Sterkrade	198	244	—	—
5	Altstaden	314	100	—	—
6	Styrum	164	107	—	—
7	Hiesfeld	66	52	—	—
8	Osterfeld	79	377	—	76
9	Osterfeld	16	35	16	46

Spruchkammer Duisburg:

1	Dinslaken	52	84	—	—
4	Ober-Maxloh	242	64	—	—
5	Schmidthorst	99	—	—	—
6	Hamborn	95	24	—	—
7	Hamborn	102	38	—	—
8	Beed	90	—	—	—
9	Meiderich	274	154	—	—

Danach hätten wir 9 Siege, der „Christliche“ Gewerbeverein 4 und die Polen 1 Sieg. Mit dem Ausfall der Wahl mit Ausnahme von Sterkrade, wo die Kameraden es muß gesagt werden, ihre Pflicht nicht taten, können wir zufrieden sein. Auch in Osterfeld könnte das Stimmenergebnis für uns größer sein. Doch ging es hier dem „Christlichen“ Gewerbeverein in seiner Domäne am schlechtesten, die Polen brachten es fertig, ihren Kandidaten durchzubringen, wo sonst der Gewerbeverein mit tausenden von Mitgliedern herumschmeißt. In Altstaden wurden vom Wahlvorsteher (Betriebsführer Gemeinde Zeche Concordia) 80-100 Mann abgemietet. Er ließ keine anderen Legitimationspapiere als den Ausweis zeigen, was direkt ungesetzlich ist. Der Bergat rief den Herrn, auf eine Beschwerde von uns, an's Telefon, der Herr Wahlvorsteher fand es aber nicht für nötig, dort zu erscheinen. Besonders eifrig war die Zentrumspresse, den alten Verband zu verleumden; die 20.000 Mark-Geschichte wurde in allen Variationen aufgemischt. Diese Preise hat am Wahltag und verschiedene Tage vorher gezeigt, daß auf sie das Wort Dr. Sigls: „Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip“ mit vollem Recht angewendet werden kann. Leugnete doch sogar das Hamborn-Ruhrortler Zentrumsblättchen einen Artikel ab, der vor zwei Jahren in seinem Sonntagshilfchen stand und folgendermaßen lautete: „Sodann ist der Arbeiter Schwarzbrod und trant Wasser dazu, jetzt ist er bei gebotenem Brot und Fleisch darauf ungrüßlich und muß hart dabei zu rufen haben.“ Diese „Arbeiter-Zeitung“ der Zentrums- und Bundesgenossen des „Christlichen“ Gewerbevereins hatten wir in unserer Flugblatt gezeigelt und erlaubte sich das „Hamborn-Ruhrortler“ unter-





Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

Wuppertal, jeden 1. Sonntag, im Lokale des Herrn Restaurateurs... Sonntag, den 6. Mai 1906: Kluddeckermaet, Nachm. 5 Uhr, im Lokale des Herrn Fr. Ellerbrod...

Wuppertal, Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Langhennrich... Sonntag, den 6. Mai 1906: Kluddeckermaet, Nachm. 5 Uhr, im Lokale des Herrn Fr. Ellerbrod...

Hannover, Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Sonnenfeld... Sonntag, den 6. Mai 1906: Kluddeckermaet, Nachm. 5 Uhr, im Lokale des Herrn Fr. Ellerbrod...

Sunlicht Seife advertisement featuring an illustration of a woman's face and a box of soap. Text: 'Sunlicht Seife und schöne Wäsche gehören, wie schöne Frauen und Rosen, unzertrennlich zusammen...'.

Abt. Kassenvertreter für das Wuppertal... Mitglieder-Versammlung im Gasthof 'Zum br. Hof' in Delsdorf... Arbeitersekretär gesucht.

E. von den Steinen & Cie. Stahlwaren-Fabrik und Versandhaus. Wald bei Solingen 241. Kompl. Haushaltbesteck Nr. 68 bestehend aus 6 Stück Zafelnmesser, 6 Stück Gabeln, 6 Stück Gabeln, 6 Stück Messer, 1 guten Brotmesser, 1 Küchenmesser, 1 Messerschärfen L. Dual.

Mulheim-Styrum Rasier u. Haarschneide-Geschäft. Bringt den Kameraden mein Rasier u. Haarschneide-Geschäft in empfehlende Erinnerung.

Fort mit den Feldechern! Mein Taschenopernglas D. R. G. M. zugleich als Fernseher und Reflektor zu benutzen... Emil Jansen, Wald bei Solingen Nr. 149.

Cigarren advertisement with a price list: 100 Stück 2.20, 200 Stück 3.80, 300 Stück 4.80, 400 Stück 5.80, 500 Stück 6.50.

KATALOG umsonst und portofrei zirka 6000 Abbildungen über prima Solinger Stahlwaren, prima Werkzeuge für häusliche Handwerker, Hausgeräte, Garten- u. landwirtschaftliche Geräte...

Versuchen Sie meinen vorzüglichen Holl. Käse. melchen überall hin bei Abnahme von 10 Pfund für nur 35 Pfg. per Pfd.

Aus erster Hand ff. Neues Magdeburger Pflaumenmus. Preis 1.00 Mark.

Brochten (Verfälscht). Dem geehrten Genossen, Sangesbruder und Kassierer Wilhelm Belmdiko zu seinem am 28. April stattgefundenen Geburtstag ein dreifach donnerndes Lebe hoch!

Königsborn. Empfehle hiermit mein renoviertes Hotel u. Restaurant Westfälischer Hof. Richard Poth.

Tapeten Farben Lacke. sind am billigsten zu haben bei Fr. Riesop, Dortmund, Weiherstr. 44.

Direct aus erster Hand Feinstes Delicatess-Pflaumen-Mus. garant. rein, dick u. süß, unbertroffen im Geschmack...

Lotentopf-Ring m. Simst-Breit. Silber 1.25 oder Cap-Rubinberg 1.75 Gold 3.25

Scherlebeck. Unserm Kameraden Louis Prieur zu seinem am 7. Mai stattfindenden 48. Geburtstag die herzlichsten Glück- u. Segenswünsche!

Achtung Brauek! Empfehle mich den Kameraden von Braud' und Umgegend zum Kohlenfahren.

Tuch-Resten. ausreichend für Mantel, Fäustel, Hosen, Zoppen usw. welche in unserer Fabrik täglich entstehen, unbedingt Vorteil haben.

Vorzüglihe Zigarren. franco g. Nachn. per 200 Stk zu 4, 5, 6, 7, 8, 9 bis 20 Mark.

Garant. unverfälschten bestimml. Rotwein zu 48 Pfg. p. Liter.

Alle Jagd- u. Luxuswaffen. kauft man am besten u. billigsten, unter dreijähriger Garantie direkt von der Waffenfabrik.

Spezial-Offerte: 1908er Rotwein 58 Pfg. p. Liter.

Weitmar. Habe mich Brüderstraße 48 als Hebamme niedergelassen und halte mich den geehrten Frauen von Weitmar und Umgegend bestens empfohlen.

Rotthausen. Beehre mich den geehrten Frauen von Rotthausen anzuzeigen, daß ich mich hierüber Ernststraße 25 als Hebamme niedergelassen habe.